30 Jahre albanische Gewerkschaften

Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 1. März 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Verschärfte Rivalität an der Nord- und Südflanke Europas

Supermächte schüren Zypern-Konflikt

In der letzten Woche wurde die Zypernfrage vor dem Sicherheitsrat der UNO behandelt: Die Insel ist faktisch gespalten. Ausgerechnet die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die im Hintergrund die Spaltung Zyperns betrieben haben, spielen sich jetzt im Sicherheitsrat als die Schlichter auf.. Sie waren es, die den Konflikt ständig angeheizt haben in der Absicht, die Unabhängigkeit Zyperns zu brechen und diese strategisch wichtige Insel im Kampf um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Europa unter ihren Einfluß und ihre Herrschaft zu bringen.

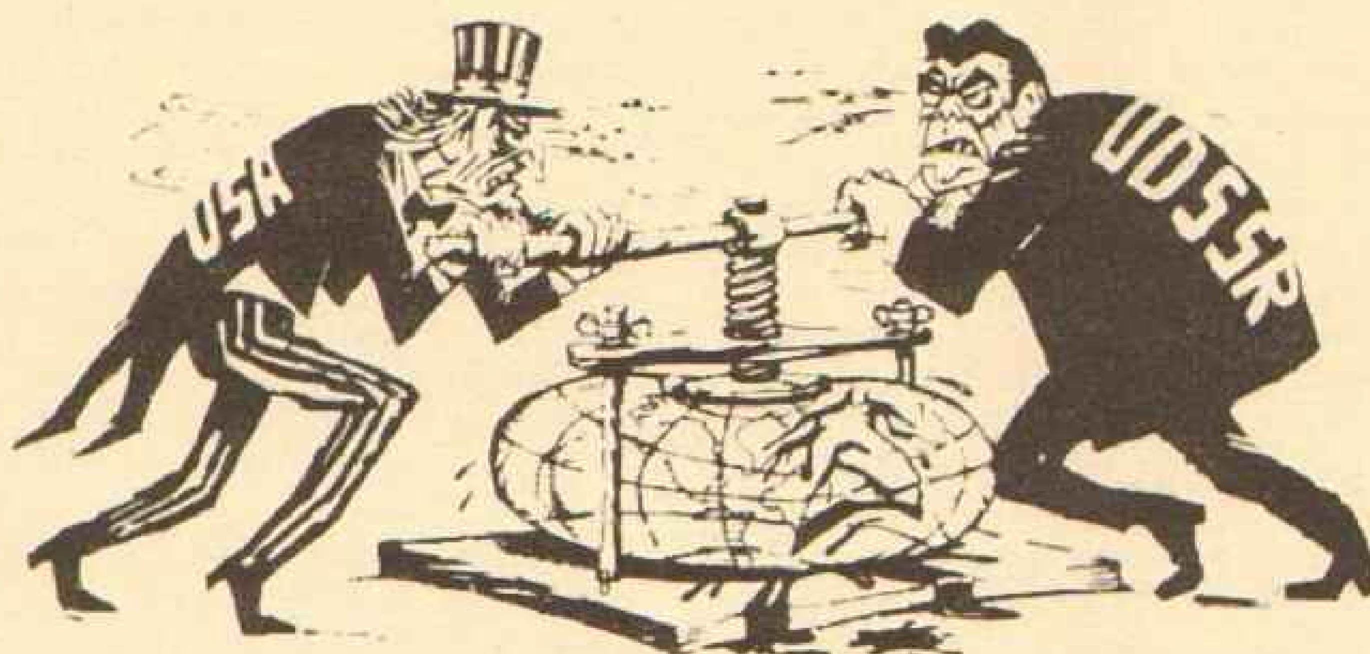
Unter dem Vorwand, die türkische Bevölkerungsgruppe Zyperns zu schützen, ist im Norden Zyperns nach der Besetzung durch türkische Armee ein Teilstaat errichtet worden. Doch mit den Interessen der Bevölkerungsgruppen hat die Spaltung in Wahrheit nichts gemein: Sie leben heute, nach dem Krieg in noch größerer Ungewißheit als vorher. Vielen ist die Existenz, die sie in Jahrzehnten aufgebaut haben, vernichtet worden, Familien wurden getrennt – in ihrem Interesse ist der Krieg und die Spaltung Zyperns gewiß nicht betrieben worden.

Interesse an dem Zypernkonflikt haben vor allem beide Supermächte, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus. Nach dem Prinzip „Teile und herrsche" haben sie die Beteiligten des Konflikts gegeneinander aufgebracht und gegenseitig ausgespielt, um dadurch eine Schwächung der Beteiligten und eine Stärkung des eigenen Einflusses auf Zypern zu erreichen. So unterstützten die US-Imperialisten anfangs die Ansprüche Griechenlands, um dann aber die Türkei in diesem Konflikt anzustacheln. Die sowjetischen Sozialimperialisten machten es genau umgekehrt. Sie versuchten, den vom US-Imperialismus jeweils geprellten mit Phrasen von „Unterstützung und Hilfe" für sich zu gewinnen, um auf diese Weise den sowjetischen Einfluß in dem Konflikt zu stärken.

Tatsächlich aber ging und geht es beiden Supermächten weder um die Ansprüche der Türkei oder Griechenlands, geschweige denn um die Interessen der griechischen und türkischen Bevölkerungsgruppen Zyperns. Ziel der zwei Supermächte war und ist es, die Unabhängigkeit und Integrität Zyperns zu torpedieren und wie überall auf der Welt mit allen Kräften zu versuchen, ihre jeweilige Vorherrschaft zu festigen und auszubauen, aber gleichzeitig auch die Macht des Gegners zu schwächen und zu zerstören. Diesen Rivalitätskampf beider Supermächte um Einflußsphären und strategisch wichtige Stützpunkte fallen die kleinen Länder zum Opfer.

Die heutige Spaltung Zyperns, die Besetzung des Nordens durch türkische Truppen, die Errichtung und einseitige Ausrufung eines Teilstaates auf Zypern ist das Ergebnis dieses Rivalitätskampfes beider Supermächte um Einflußsphären und zeigt, daß es den US-Imperialisten, die mit voller Unterstützung der englischen Imperialisten die Türkei aufgestachelt haben, gelungen ist, den amerikanischen Einfluß und die strategische Position des amerikanischen Nato-Kriegspaktes auszuweiten und zu festigen auf Kosten der Unabhängigkeit und Souveränität Zyperns.

Trotz aller Versuche des US-Imperialismus, möglichst nicht zu offen in diesem Konflikt aufzutreten und lieber die Rolle des Drahtziehers im Hintergrund zu spielen, haben die US-Imperialisten die Bevölkerung Zyperns, die Völker Griechenlands, der Türkei, sowie überhaupt alle Völker nicht über ihre wahren Absichten täuschen können. Keinen Schritt konnten sie ungestraft tun: Große Massendemonstrationen in Griechenland und Zypern, wütende Angriffe der Bevölkerung gegen die US-Botschaft in Nikosia waren die Antwort. Die „Friedenstiraden" des US-Außernministers wurden für alle Welt hörbar entlarvt und Kissinger symbolisch für den US-Imperialismus als Henker und Mörder angeprangert. Auf der ganzen Welt fanden die Kampfaktionen des zypriotischen Volkes gegen den US-Imperialismus Sympathie und Unterstützung. Der US-Imperialismus sah sich zu einem Manöver gezwungen: In dem Versuch, die Empörung auf der ganzen Welt zu dämpfen, beschloß der US-Kongreß, die



Aus demZentralorgan der KPSp/ML

Fortsetzung auf Seite 8

Bauern in Wyhl

"Der Kampf hat erst begonnen"

Seit über einer Woche kämpfen die Bauern von Whyl und aus den umliegenden Orten in machtvollen Aktionen gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerkes. Am Sonntag versammelten sich über achttausend Bauern aus der ganzen Kaiserstühler Region zu einer militanten Demonstration, in deren Verlauf sie das Baugelände besetzten. Die Bauern durchbrachen dabei die doppelt und dreifach gezogenen Stacheldrahtabsperrungen und kämpften mutig gegen die Polizeitruppen, die schon seit Tagen mit Wasserwerfern, Hundestaffeln und Schützenpanzern zum Schutz des Baus bereitstanden. Bereits am Freitag waren 3 000 Bauern zu der Baustelle gezogen, hatten sie besetzt und entschlossen erklärt: „Der Kampf hat erst begonnen!"

Die Aktionen der Bauern sind die Antwort auf den Baubeginn der Kernkraftwerkes von Whyl, von dem die Landesregierung in Baden-Württemberg behauptet, daß es der ganzen Bevölkerung nützt, während die Bauern wissen, daß es tausenden von ihnen die Existenzgrundlage entziehen wird und sie in den Ruin treiben wird.

Schon einen Tag nach dem Beginn des Baus zerstörten sechshundert Bauern aus Whyl und den umliegenden Dörfern den Bauzaun, besetzten das Gelände und die Baumaschinen, verbarrikadierten den Zufahrtsweg zur Baustelle mit Knüppeln und Baumstämmen und erkämpften so die vorübergehende Einstellung der Arbeiten. An dieser Aktion, wie auch an den Demonstrationen der folgenden Tage, beteiligten sich auch französische Bauern aus dem Elsaß. Sie kamen von der nur einhundert Meter ent-

Fortsetzung auf Seite 10

Betriebsratswahlen/Mannesmann

Kampf um die Fleischtöpfe

Bei den Betriebsratswahlen in diesem Jahr wird es bei Mannesmann/Huckingen sage und schreibe 13 Listen geben. Acht Listen für Arbeiter und fünf Listen für Angestellte. Die IG Metall findet das „bedauerlich", will sich jedoch lieber zu dieser „Zersplitterung" nicht äußern. Was ist los und worum geht es wirklich?

Seit der Wahlausschreibung ist die große Kungelei im Gange. Gerüchte über Listenwahl schwirren umher, und in den verschiedenen Betrieben werden unter der Hand Listen zusammengestellt, Unterschriften werden sogar in den Wohngebieten gesammelt. Die verschiedenen Listenvertreter versuchen den Eindruck zu erwecken, als sei diese Vielzahl von Listen entstanden, weil jeder versuche, es den Kollegen diesmal wirklich recht zu machen. Vertreter aus dem alten Betriebsrat antworten auf Fragen von Kollegen: „Ja, der Kanpp hat zuviel Macht im Betriebsrat." (Knapp ist der jetzige Betriebsratsvorsitzende).

In Wirklichkeit aber hat das Listenwirrwar mit der Interessenvertretung der Kollegen nichts zu tun. Die Listen sind allein nach wahltaktischen Erwägungen zusammengezimmert.

So ist auch zu erklären, daß die Betriebsräte gerade jetzt vor der Betriebsratswahl plötzlich ihren heftigen „Kampf um die Interessenvertretung der Kollegen" beginnen. In der Vergangenheit dagegen sind die Kollegen bei allen wichtigen Auseinandersetzungen im Betrieb auf eine geschlossene Front der Betriebsräte und zwar auf der Seite der Mannesmann-Kapitalisten gestoßen.

So haben sie gemeinsam 1973 den Streik der Arbeiter im Profilwalzwerk verraten und die Kollegen mit einem faulen Kompromiß abgespeist. Gemeinsam haben sie verhindert, daß die Mannesmann-Kollegen die Entlassung von 22 Arbeitern nach dem Streik um die Teuerungszulage mit Streik beantwortet haben, und gemeinsam haben sie auch die Entlassung des kommunistischen Kollegen Hanfried Brenner betrieben, des einzigen, der damals offen zum Streik aufgerufen hatte. Und einig waren sie sich auch jetzt bei der Betriebsratswahl in einem, für alle wichtigen Punkt: Geschlossen wurden die Listen un-

Fortsetzung auf Seite 3

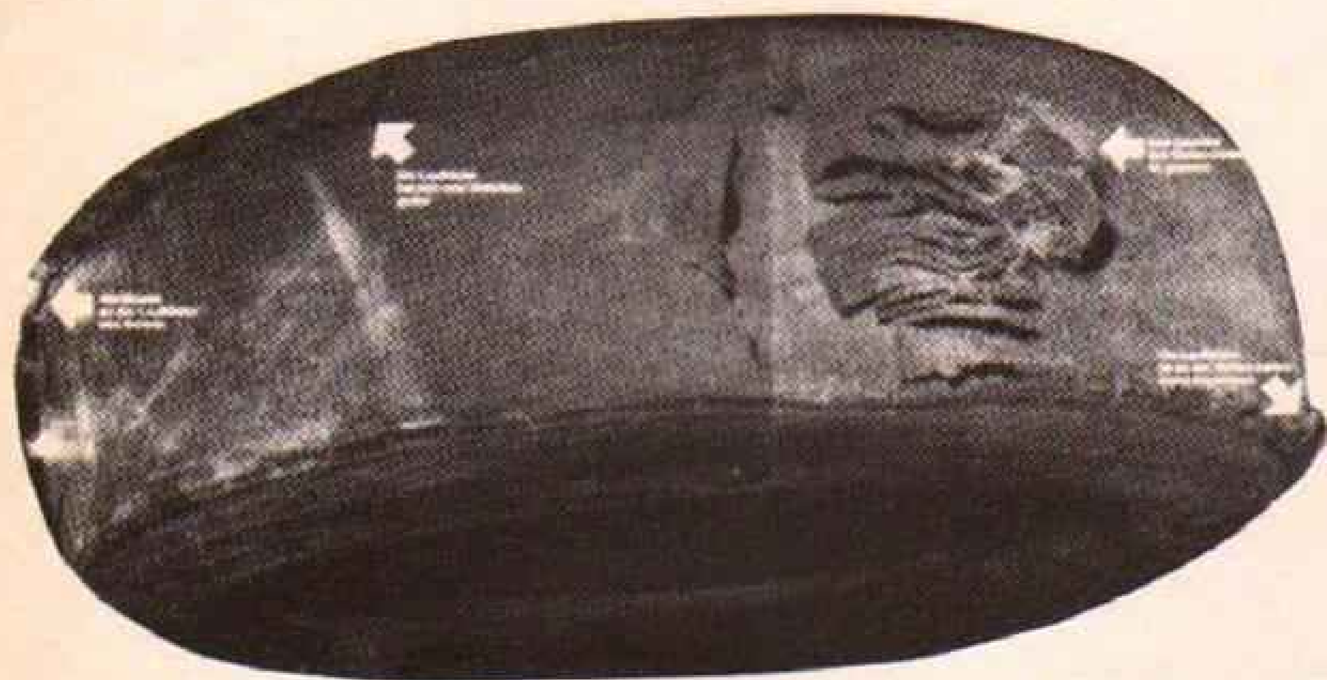
AUS DEM INHALT

Für den Profit der Reifenkonzerne

Tausende Autofahrer in Lebensgefahr

Sicherheit im Straßenverkehr. Sie rühmen die absolute Zuverlässigkeit und technische Vollkommenheit ihrer jeweiligen Erzeugnisse und wiegen die Autofahrer im Gefühl der absoluten Sicherheit. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Der Münchner Reifenkonzern Metzeler z.B. hat jahrelang fehlerhafte Hochgeschwindigkeitsreifen verkauft. Bei diesen Reifen besteht ständig die Gefahr, daß sich bei hohen Geschwindigkeiten die Lauffläche vom Unterbau löst, der Reifen platzt und so schwere Unfälle verursacht werden. Durch solche Unfälle sind bereits mehrere Menschen getötet oder schwer verletzt worden, darunter z.B. eine ganze Familie, Vater, Mutter, ein siebenjähriger Sohn und eine zwölfjährige



Tochter, von denen nur die Mutter einen solchen Unfall mit schweren Verletzungen überlebte.

Diese Reifen sind aber nicht nur eine tödliche Gefahr für die Insassen der mit ihnen ausgerüsteten Autos, sondern für alle Autofahrer. Die Folgen eines Unfalls durch einen, infolge eines geplatzten Reifens, außer Kontrolle geratenen Wagens auf einer überfüllten Autobahn wären furchtbar. Metzeler ist kein Einzelfall. Nur eine Woche nachdem die Praktiken dieses Konzerns bekanntgeworden waren, mußten die „Continental-Gummiwerke" in Hannover 40 000 Hochgeschwindigkeitsreifen aus dem Verkehr ziehen, bei denen durch einen Gewebeschaden ein plötzlicher Luftdruckabfall eintrat, wodurch schon mindestens elf Unfälle verursacht worden sind.

In der gesamten Bundesrepublik, so wurde kürzlich festgestellt, werden jährlich 20 000 Reifen durch Fabrikationsfehler unbrauchbar oder zerstört.

So sieht es in Wirklichkeit mit der vielgepriesenen Sicherheit unserer Autoreifen aus, während es, zieht man nur die technischen Möglichkeiten in Betracht, heute möglich wäre, sichere Reifen mit äusserst langer Lebensdauer zu produzieren. Die kapitalistischen Konzerne produzieren aber nicht zum Nutzen und für die Bedürfnisse der Werktätigen, ihr einziges Interesse ist der Höchstprofit, nach dessen Jagd sie, in erbittertem Kampf mit ihren Konkurrenten, das Arbeitstempo in den Betrieben auf das Äußerste steigern, die Qualität und den Preis der verwendeten Rohstoffe möglichst niedrig halten und bewußt die technische Unvollkommenheit und den schnellen Verschleiß einplanen und so die Sicherheit und das Leben von Tausenden gefährden.

Kein einziges Gramm Silber im neuen Fünfer

Seit dem 3. Februar ist nun das neue Fünfmarkstück im Umlauf. In dieser kurzen Zeit ist es bereits die Zielscheibe des Spotts und der Empörung vieler werktätiger Menschen geworden. Spott über die abgrundtiefe Häßlichkeit dieses Produkts und Zweifel an seiner Echtheit, „weil es so leicht ist", sind keine seltenen Erscheinungen.

Viele erinnern sich auch daran, wie noch vor nicht allzulangen Jahren die „solide Schwere" gerade des alten Fünfmarkstückes etwa gegenüber der italienischen Lira oder dem französischen Franc als Beweis für die Überlegenheit, die Stärke und die Stabilität der Wirtschaft der Bundesrepublik hingestellt wurde. Mit solchen Vergleichen ist es nun vorbei.

Warum hat die Bundesregierung ein neues Fünfmarkstück in Umlauf gebracht? Das Bundesfinanzministerium hat behauptet, dies geschehe, weil die alten Fünfmarkstücke „nicht hinreichend automatensicher" sind. Diese Begründung ist allerdings so fadenscheinig, daß sie nicht einmal von einer solchen Zeitung wie dem Handelsblatt ernst genommen wird. Tatsache ist, daß die neuen Fünfmarkstücke kein einziges Gramm Silber mehr enthalten, während in den alten immerhin noch sieben Gramm verarbeitet waren.

Dadurch, daß der alte Nennwert beibehalten wird, während in Wirklichkeit der Wert des Fünfmarkstückes gemindert wird, steckt der bürgerliche Staat nicht nur Millionensummen ein, sondern heizt auch die Inflation weiter an, wodurch sich das Leben der Werktätigen unseres Landes weiter verteuern wird. Fast zur gleichen Zeit mit der Einführung des neuen Fünfmarkstückes hat Finanzminister Apel außerdem bekanntgegeben, daß die Regierung plant, den Geldumlauf im nächsten Jahr um 8% zu steigern. Die Erhöhung der Geldmenge um 8%, der Druck neuer Banknoten bei gleichzeitigem Absinken der Produktion, so daß immer mehr Banknoten im Umlauf sind, denen keine wirklichen Werte gegenüberstehen, wird zu einer weiteren Steigerung der Inflationsraten führen. **Alle diese Maßnahmen trifft der bürgerliche Staat, um die Lasten der Krise, um die Folgen der Zerrüttung der internationalen Geldmärkte und der riesigen Staatsschulden auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Das ist der wirkliche Grund für die Einführung des neuen Fünfmarkstückes.**

Schluss mit der Euthanasie - Propaganda

Unter Titeln wie „Sterbehilfe – der Tod als Freund" machen die Propagandisten der Bourgeoisie in Presse, Rundfunk und Fernsehen in den letzten Monaten immer lauter Reklame für die „Euthanasie". Spektakuläre „Skandale" werden in Szene gesetzt, in denen die betroffenen Ärzte als „mutige" und „humane' Sterbehelfer hingestellt werden.

Immer wieder wird von der Bourgeoisie dabei auf Einzelbeispiele verwiesen, wo Menschen mit Hilfe von Maschinen nur qualvoll am Leben bleiben, werden Beispiele herausgegriffen, wo Menschen seit Jahren ohne Bewußtsein an Maschinen angeschlossen leben, ohne daß Aussicht darauf besteht, jemals wieder aus der Bewußtlosigkeit zu erwachen. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang auf die sogenannten Intensivstationen hingewiesen, auf die teuren Maschinen; die sinnlos verwendet würden. „Terror der Humanität" heißt das Schlagwort der Bourgeoisie, was soviel bedeuten soll wie: Die Menschen werden im Kapitalismus medizinisch so sehr versorgt, daß sie sogar noch „leben" müssen, wenn sie praktisch schon gestorben sind.

Dahinter steckt blanker Zynismus, der die Tatsachen völlig auf den Kopf stellt. Tatsächlich sind die Möglichkeiten der Medizin und der Technologie auf medizinischem Gebiet so weit fortgeschritten, daß viele der Krankheiten, an denen jährlich Millionen Menschen unter Qualen frühzeitig sterben müssen, schon lange ausgerottet sein und der Vergangenheit angehören könnten. Doch das kapitalistische System ist es, das völlig unfähig ist, diese Fortschritte für die breiten Massen der Werktätigen nutzbar zu machen. Für die herrschende Klasse, die Bourgoisie zählt das Gesetz des Profits. Das Leben der Werktätigen ist dabei nicht mehr als ein Kostenfaktor, der „rationell" auf seine Produktivität hin durchgerechnet wird.

Demagogisch weisen die Bourgeoises auf die sogenannten Intensivstationen hin und fragen – tun wir denn nicht alles, teure Apparate sogar noch, wenn kaum noch Aussicht auf Erfolg besteht? Es ist allerdings eine Tatsache, daß viele Menschen nachdem ihre Gesundheit durch die Lebensbedingungen der Werktätigen im Kapitalismus erst ruiniert ist, nachdem mangelnde ärztliche Versorgung sie zum Sterben verdammt hat, kurz vor ihrem Tod noch auf die Intensivstationen verlegt werden, damit es dann heißen kann: es ist „alles versucht" worden. Es ist aber auch eine Tatsache, daß es viel zu wenig Intensivstationen gibt. Wieviele Menschen müssen sterben, weil es zu wenig Herzlungenmaschinen, künstliche Nieren usw. gibt? !

Für 1 800 DM täglich ein Bett auf der Intensivstation oder dafür 100 bis 200 Menschen vor dem Hungertod bewahren – das ist die Rechnung z. B. des Hirnchirurgen Kautzky. Daß aber in Wirklichkeit der frühe und qualvolle Tod durch viele Krankheiten keine andere Ursache hat, als der jährliche Hungertod von Millionen Menschen, nämlich die Herrschaft des Imperialismus, für den nicht das Leben der Werktätigen zählt, sondern das, was sich an Profit an ihnen herausholen läßt – das verschweigt dieser Propagandist der „Euthanasie" natürlich. Noch deutlicher ist der polnische „Philosoph" Kolakowski: „Warum sollen Wohlstandsgesellschaften oder begüterte Klassen zurückgebliebene und verkrüppelte Kinder mit großem Aufwand am Leben erhalten, wenn gleichzeitig Millionen normal entwickelte Kinder der Unterernährung oder mangelnder ärztlicher Versorgung zum Opfer fallen?". Hier ist kein Unterschied mehr zu der Theorie der Hitlerfaschisten vom „lebenswerten" und „lebensunwerten" Leben. „Euthanasie", das ist im Kapitalismus nichts anderes als die Forderung der Bourgeoisie, ihr die Möglichkeit zuzugestehen, das Recht auf Leben entsprechend ihrer ökonomischen Interessen je nach Situation einzuschränken.

Doch „Euthanasie" bedeutet für die Bourgeoisie auch ein politisches Mittel im Kampf gegen ihre Feinde. Unter dem Hitlerfaschismus wurden auch politische Gefangene, Kämpfer gegen den Faschismus auf diese Weise umgebracht. Die zuständigen Ärzte kümmerte das nicht im geringsten: sie ließen die Menschen, die umgebracht werden sollten, unbesehen in die Gaskammer des Faschismus treiben.

Sicherlich leben wir heute noch nicht unter den Bedingungen des Faschismus. Doch auch heute, wo die Bourgeoisie die Faschisierung wieder Schritt für Schritt angeht, scheut sie sich nicht, Revolutionäre in Gefängnissen unter Aufsicht von Ärzten mit Isolationsfolter physisch zu vernichten, scheut sie sich nicht, den politischen Gefangenen ärztliche Versorgung zu verweigern. Ein Beispiel ist dafür die Genossin Katharina Hammerschmidt, die trotz eines gefährlichen Tumors weiterhin monatelang in Haft gehalten wurde. Die „medizinische Versorgung" der Anstaltsärzte bestand lediglich aus Spott und Hohn. Erst als die Genossin unmittelbar in Lebensgefahr schwebte und außerhalb der Gefängnisse der Kampf organisiert wurde, kam sie in ein Krankenhaus.

Was wäre wohl aus Katharina Hammerschmidt geworden, wenn die Bourgeoesie sich bereits wieder das Recht zugesichert hätte, zwischen „lebenswert" und „lebensunwert" zu unterscheiden, was aus Genossin Margit Schiller, die ebenfalls erst Haftverschonung erhielt, als sie in Lebensgefahr schwebte, was aus Ulrike Meinhoff, bei der nur durch eine breite Bewegung verhindert werden konnte, daß zu „Untersuchungszwecken" eine lebensgefährliche Operation, eine Öffnung der Schädeldecke, gegen ihren Willen vorgenommen wurde. Dem kapitalistischem Staatsapparat das Recht auf Euthanasie zuzusprechen, heißt, ihm zugleich den Weg zu bahnen für Terror und Mord an denjenigen, die an der Spitze des Kampfes gegen Unterdrückung und Ausbeutung stehen.

Die Bourgeoisie versucht gegenwärtig vorzuspielen, es sei das Volk, das die „Euthanasie" fordere und der Staat derjenige, der sich noch weigere. Nicht anders hatten die Hitlerfaschisten den Propagandafeldzug für die „Euthanasie" eröffnet: Hitler habe – so hieß es – erst auf die Forderung von Schwerstkranken nach einem „Gnadentod" die „Euthanasie" gestattet. Heute wie damals ist es eine unverschämte Lüge, daß die Werktätigen das „Recht auf den Tod" fordern würden. Die Werktätigen Massen kämpfen nicht für ein „Recht auf Tod", sondern für ihr Recht auf Leben. Für ein Leben, das ihnen eine gesicherte Existenz bietet, ein Leben, in dem die bestmögliche gesundheitliche Versorgung garantiert ist, ein Leben wie es für die werktätigen Massen nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, im Sozialismus möglich ist.

Kurz berichtet

KARLSRUHE

Am 17. 2. 75 sprach Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, vor 130 Freunden und Genossen der Partei aus Karlsruhe und Umgebung. Zu der Veranstaltung waren auch einige einfache Mitglieder der GRF und des „K"BW gekommen. Die Veranstaltung fand wie üblich im Clubraum des ASV Daxlanden statt. Zwei Bonzen des Vorstandes vom ASV hatten zwar versucht, die Veranstaltung zu verbieten, der Pächter hatte jedoch mit Kündigung gedroht und sich über das Verbot hinweggesetzt.

Genosse Ernst Aust sprach in seiner Rede über die Krise des Kapitalismus und zeigte, daß es nur einen Ausweg für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen gibt: die sozialistische Revolution. Nach starkem Beifall wurde dann hauptsächlich die Frage diskutiert: Wie muß man die Tageskämpfe auf das Ziel der sozialistischen Revolution ausrichten? Diese Diskussion, vor allem mit Anhängern der GRF, war lebendig, scharf, aber solidarisch.

Zum Schluß wurde eine Solidaritätsadresse mit dem Kampf der 4 Genossen im Münchner Antikriegstagsprozeß beschlossen und 440 DM für den Aufbau der Partei gesammelt. Für 246 DM wurde Literatur verkauft.

Zur Vorbereitung der Veranstaltung hatte die Partei in Karlsruhe ein Flug-

SCHLAG ZU, PROLET!

blatt im Stadtteil verteilt. **Bei Daimler-Benz in Wörth erschien die 1. Nummer der Betriebszeitung: „Schlag zu, Prolet!"** Die Zeitung wurde im Betrieb verteilt und erregte großes Aufsehen. Außerdem erschien für die Anhänger der D„K"P, GRF, des „K"BW usw. die Zeitung: „Die Einheit in der KPD/ML". In ihrer ersten Nummer werden die opportunistischen Machenschaften der GRF in Karlsruhe und Umgebung ans Tageslicht gebracht. Durch diese gute Vorbereitung der Veranstaltung konnte die Partei neue Kräfte gewinnen.

HANNOVER

Der KSB/ML Hannover zeigte in der TU Hannover die Photoausstellung der Partei über Albanien. Diese Ausstellung besuchten 120 Studenten, darunter viele ausländische Kommilitonen. Es wurden viele interessante Gespräche geführt, zahlreiche andere Fragen konnten geklärt werden, 11 Rote Morgen sowie zahlreiche andere Literatur wurden verkauft.

KORREKTUREN

Im RM Nr. 6 wurde irrtümlicherweise unter den Spenden für den Roten Morgen die Spende eines Sympathisanten aufgeführt (900 DM), die nicht für den RM, sondern für die revolutionäre KP Chiles bestimmt war. Durch diesen Fehler verändert sich das Gesamtergebnis der Spendenliste nicht, da diese 900 DM dabei nicht mitgerechnet worden waren.

Im RM Nr. 7 heißt es im Artikel auf der ersten Seite im Vorspann irrtümlicherweise: „Der Kongreß wählte die Zentrale Leitung der RHD, ihren ständigen Ausschuß und den Vorsitzenden der RHD." Richtig ist, und so steht es auch im entsprechenden Kommunique der RHD, daß der Kongreß die Zentrale Leitung wählte. Diese Zentrale Leitung wählte anschließend den ständigen Ausschuß und den Vorsitzenden der RHD.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gegen reaktionären Betriebsrat gekämpft

Türkischer Kollege auf HDW entlassen

Vor kurzem wurde der türkische Kollege Szaban Gelen von HDW in Kiel entlassen. Der offizielle Grund war: „Nicht tragbar für den Betrieb." Was steckte dahinter? Kollege Szaban hatte es gewagt, gegen den Betriebsrat und seine Schiebereien hinter den Kulissen seine Stimme zu erheben. Er sammelte Unterschriften um sich an den Betriebsratswahlen zu beteiligen und gegen den Betriebsrat zu kandidieren. Er hatte hierbei die Unterstützung vieler Kollegen.

In einem Extrablatt von „Das Bollwerk", Betriebszeitung der KPD/ML bei HDW, heißt es:

„Der Betriebsrat hat ihn zusammen mit der Geschäftsleitung entlassen! Die reaktionären türkischen Betriebsräte halfen bei der letzten Betriebsratswahl Böhm & Co wieder in den Sessel, jetzt hilft ihnen die Mafia um Böhm, einen unbequemen Kollegen loszuwerden. Höchstwahrscheinlich hat Böhm beim Meister von Szaban angerufen und ihm den Hinweis gegeben, er solle auf den Kollegen aufpassen, weil er Politik gegen den Betriebsrat macht.

Einige von uns meinen, die Probleme der türkischen Kollegen gingen uns nichts an. Das ist gefährlich und falsch. Jedem, der aus unseren Reihen gegen den Betriebsrat kämpft und die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung entlarvt, kann es genauso gehen.

Aber der Kollege Szaban ist nicht nur von der Arbeitslosigkeit bedroht. Er bekommt in der deutschen Bundesrepublik zur Zeit keine Arbeit. Daher droht ihm die Abschiebung in die faschistische Türkei. Es liegt die Vermutung nahe, daß die korrupten türkischen Betriebsräte Cavit Bora und Linc Hakki durch Kontakte zum türkischen Geheimdienst die Abschiebung in die Wege leiten.

Deshalb fordern wir die sofortige Zurücknahme der Entlassung!

Es stehen die Betriebsratswahlen vor der Tür. Der Kollege Szaban wurde entlassen, weil die Geschäftsleitung und ihre Handlanger, die Betriebsratsmafia jede eigenständige kämpferische Bewegung unter den Kollegen fürchten. Denn die Kollegen erkennen immer mehr, daß die reaktionären Gewerkschaften und ihre Betriebsratsfürsten Unterdrückungsinstrumente der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse sind. Revolutionäre Gewerkschaftssolidarität heißt, den Kampf gegen die Entlassungen organisieren. Der Kollege Szaban steht als Beispiel für viele. Sammeln wir Unterschriften gegen die Entlassung, bereiten wir weitere Kampfmaßnahmen vor.

Für die kommende Betriebsratswahl gilt: Keine Stimme den Reaktionären! Wählt Rote Betriebsräte!

KPD/ML



DAS BOLLWERK

Kommunistische Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der HDW

Deutsche und ausländische Arbeiter – ein Klasse, eine Kampffront!



Betriebsratswahlen / Mannesmann

Kampf um die Fleischtöpfe

Fortsetzung von Seite 1

ter der Hand vorbereitet. Keine der abgegebenen Listen ist mit einem klaren Programm offen aufgetreten.

Einzig beim Kampf um die Betriebsratssessel hört die Geschlossenheit auf. Da möchte jeder die-



ser Karrieristen vorne sein. Dabei nutzen sie die Unzufriedenheit der Kollegen über die Knapp-Clique aus, während die D'K'P/Knapp-Clique darauf spekuliert, mit ihrem wortradikalen Auftreten die Kollegen gewinnen zu können.

Sehen wir uns zwei dieser angeblichen Arbeitervertreter näher an, Michael Jost und Herbert Knapp.

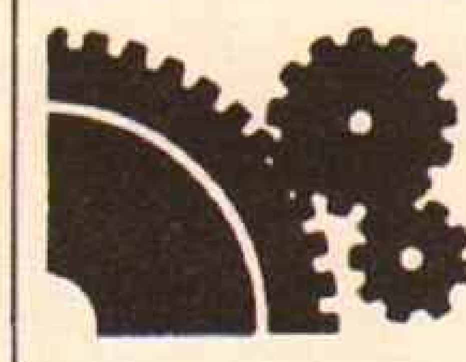
Noch vor kurzem hat Michael Jost im Wohnungsausschuß die Hand aufgehalten, wenn Kollegen um Hilfe bei der Wohnungssuche nachfragten. Nach dieser Affäre hat er dann gleich eine Stelle als Kranfahrerlehrer bekommen. Warum wohl? Weil er ein Arbeitervertreter ist?

Was Herbert Knapp angeht, so erinnern sich die Mannesmann-Kollegen noch gut an seinen Kaviardiebstahl. Daraufhin mußte er seinen Posten im Aufsichtsrat aufgeben. Im Betriebsrat blieb er allerdings. Schon die Tatsache, daß es bei dem Diebstahl ausgerechnet Kaviar sein mußte, zeigt, was für ein „Arbeitervertreter" Knapp ist.

Wenn jetzt die anderen Listenführer tönen, Knapp habe zuviel Macht im Betriebsrat, dann nicht etwa, weil sie seinen abgrundtiefen Verrat an den Arbeiterinteressen anprangern – nein, eine Krähe wird doch der anderen kein Auge aushacken! Es ist das Gerangel, wer am „Fleischtopf" ganz vorn ist und nichts anderes.

Wenn die D'K'P bei Mannesmann mit ihrem „Roten Punkt" in dieser Situation die „Geschlossenheit" beschwört, dann hat das keinen anderen Zweck, als dem Betriebsrat zu helfen, vor der Belegschaft seinen wahren Charakter, der sich gerade jetzt zeigt, zu vertuschen.

Die Betriebszeitung der KPD/ML, der „Röhrenkieker" dagegen hat dieses ganze widerwärtige Gerangel um den Betriebsrat schonungslos aufgedeckt und aufgerufen, eine außerordentliche Belegschaftsversammlung zu fordern, wo alle Listen klar Stellung beziehen sollen und wo die Gelegenheit besteht, die Betrugsmanöver der Verräter vor versammelter Mannschaft zu entlarven.



Arbeiterkorrespondenzen

KLÖCKNER/BREMEN: ZWANGSURLAUB ABGELEHNT

Noch im Herbst hatte es bei Klöckner in Bremen geheißen: Wir haben jetzt dicke Exportaufträge. Die Arbeitsplätze sind gesichert. Jetzt, Anfang Februar rückte das Direktorium mit Rationalisierungsplänen heraus. Angeblich um Kurzarbeit zu verhindern, soll die Belegschaft einem Paket von Maßnahmen zustimmen:

Abbau der von Fremdfirmen geleisteten Arbeitsstunden.

Keine Überstunden mehr. Falls noch Überstunden gemacht werden müssen, sollen sie abgefeiert werden.

Schlosser und Elektriker sollen die Waschtage für ein halbes Jahr im voraus nehmen.

Die anderen Kollegen sollen bis April 5 Tage ihres Jahresurlaubs nehmen.

Vor allem der letzte Punkt dieses Rationalisierungspakets der Zwangsurlaub, ist auf große Empörung bei den Kollegen gestoßen. Viele sagten richtig: Wir wollen weder Zwangsurlaub noch Kurzarbeit. Auf verschiedenen Schichtversammlungen lehnten sie den Zwangsurlaubsplan einstimmig ab.

Die Revisionisten und Reformisten im Betriebsrat versuchen, sich an die Spitze der Empörung zu stellen. Deshalb empfahlen sie die Ablehnung des Direktoriums-Plans. Bereits ihre Begründung für die Ablehnung zeigt aber, daß es ihnen nur darum geht, die Kollegen vom Kampf abzuhalten und sie in Illusionen zu wiegen. Denn ihr Argument ist, daß dieses Paket abgelehnt werden muß, weil es die Krise gar nicht wirklich gibt und deshalb auch die Kurzarbeit keine reale Gefahr ist. Gleichzeitig sorgten diese Betriebsräte auch dafür, daß noch nicht einmal alle Kollegen informiert wurden. Deshalb gelang es im Kaltwalzwerk einigen Vorgesetzten, Kollegen schon jetzt zu vorzeitigem Urlaub zu bewegen, mit der Lüge, der Zwangsurlaub sei bereits beschlossen.

Während so vor allem einige SPD-Betriebsräte verbreiteten, die Kollegen würden sich nur einbilden, daß die Gefahr von Kurzarbeit und auch Entlassungen besteht, schrieb D'K'P-Betriebsrat Röpke in einem Flugblatt zur Betriebsratswahl: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade in der Krise höhere Löhne, bessere betriebliche Leistungen durchgesetzt werden müssen; denn dadurch wird ja mehr Massenkaufkraft und höhere Nachfrage geschaffen. Das hilft wiederum echt, die Wirtschaft zu beleben und Arbeitsplätze zu beschaffen. Das ist auch die Meinung der IG Metall."

So versucht die D'K'P, den Arbeitern einzureden, daß es gemeinsame Interessen zwischen ihnen und den Kapitalisten geben könnte. Daß das nicht stimmt, zeigt eine der jüngsten Rationalisierungsmaßnahmen der Klöcknerkapitalisten.

Bei Klöckner legte erst vor einigen Wochen die Werksleitung einen neuen Schichtplan vor. Die Kollegen, die Vierschichtbetrieb machen, hatten bisher einmal alle vier Wochen vier zusammenhängende freie Tage. Jetzt soll davon ein Tag verlegt werden. Zweck dieses Plans ist: Zur Reparaturschicht einmal in der Woche sollen alle Handwerker (auch die Freischicht auf der Grundlage „freiwilliger" Überstunden) im Werk sein, um damit Arbeitskräfte von Fremdfirmen einzusparen.

Im Warmwalzwerk sammelten daraufhin die Kollegen spontan Unterschriften, mit denen sie nahezu einmütig den neuen Schichtplan ablehnten. Diese Beispiele zeigen, daß die Klöckner-Arbeiter keineswegs bereit sind, die verschärfte Ausbeutung für den Profit der Klöckner-Kapitalisten einfach hinzunehmen.

ERPRESST VOM ARBEITSAMT

Mein Bruder ist Kraftfahrer (Klasse 3). Er wurde Ende November arbeitslos. Jetzt auf einmal bekam er ein Schreiben vom Arbeitsamt, daß er sich zu melden hätte (er brauchte sonst erst im März wieder hin). Dort sagte man ihm, daß man ihn nicht unterbringen könne und er deshalb eine Stelle beim Gartenbauamt in seinem Bezirk annehmen müsse, andernfalls werde das Arbeitslosengeld für 24 Tage gestrichen. Da er auf das Geld natürlich angewiesen ist, muß er annehmen und ist jetzt sozusagen Hilfsarbeiter beim Gartenbauamt.

25 – 30% ARBEITSLOSIGKEIT IM BAYRISCHEN WALD

Wir waren gerade im Urlaub in Bodenmais im Bayrischen Wald. Dort sprachen wir mit einem Holzfäller. Die Arbeitssaison der Holzfäller geht normalerweise von April bis Dezember. Die übrigen Monate wird gestempelt. Der Kollege wartet jetzt schon über 4 Wochen auf sein Stempelgeld, das selbst, wenn es kommt, kaum zum Leben reicht. Nach seinen Angaben sind in Bodenmais von den 3 000 Einwohnern z.Z. (Ende Januar) 500 - 660 arbeitslos. Darunter ca 80 Holzfäller. Bisher ging die Arbeitslosigkeit im Sommer bis auf wenige ältere Kollegen zurück, weil man auf den Baustellen Arbeit fand. Inzwischen sind die Aussichten allerdings viel schlechter geworden. Nach Angaben der bürgerlichen Presse beträgt die Arbeitslosigkeit in Ostbayern 35 - 30%.

Auch die Holzfäller sind ein Beispiel dafür, daß es falsch ist, darauf zu hoffen, daß ein Arbeitsplatz beim Staat ein Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist. Denn die Holzfäller sind beim Staat angestellt. Sie werden im Akkord bezahlt und bekommen 7 - 10 DM pro Festmeter.

Ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit in Ostbayern ist die geringe Industrialisierung. So ist der einzige größere Industriebetrieb im Umkreis von Bodenmais die Glasfabrik Schott (Jenaer Glas) in Zwiesel mit ca 2 000 Beschäftigten. Dieser Betrieb bildet im technischen Bereich pro Jahr 12 Lehrlinge aus, dazu einige kaufmännische.

HDW/KIEL: KOLLEGE VON DER MARINE ANGESCHOSSEN

Ein Teil des Geländes von HDW in Kiel ist abgetrennt von den übrigen Betrieben und wird von bewaffneten Marinesoldaten bewacht. Hier läuft nämlich die Kriegsproduktion von HDW und Reparaturarbeiten an Kriegsschiffen.

Vor kurzem gingen zwei Kollegen von HDW in der Nähe der U-Boot-Wache spazieren. Plötzlich wurde scharf geschossen. Einer der Kollegen wurde getroffen. Er konnte von Glück sagen, daß er „nur" einen glatten Durchschuß am Oberschenkel hatte.

Bereits vor einiger Zeit war ein Wachmann von HDW von einem betrunkenen Wachsoldaten von einem Kran aus mit einer Maschinenpistole beschossen worden. Er hatte Glück und wurde nicht getroffen. Diese Schüsse auf der Werft sind kein Zufall. Die Soldaten, die zur Bewachung der Kriegsproduktion bei HDW sind, werden systematisch zum Morden ausgebildet. Die letzten beiden Male ist geschossen worden, weil bei den Soldaten bei ihrer Betrunkenheit sozusagen die "Sicherung durchgebrannt" ist. Aber was wird sein, wenn auf HDW, das noch weiter zu Bundeswehrzwecken ausgebaut werden soll, die Arbeiter streiken und ernsthaft die Kriegsproduktion gefährden? Es besteht kein Zweifel, daß die HDW-Kapitalisten und die Generäle der Bundeswehr dann auch mit Hilfe dieser schwerbewaffneten Soldaten versuchen werden, „Sicherheit" und „Ordnung" zu wahren.

Kampf dem bewaffneten Bundeswehrterror auf der Werft!

Revisionistisches

D,K'P/,S'DAJ GLAUBT, SPD IST NOCH NICHT VERLOREN "WARUM IST HEUT, VERDAMMT NOCH MAL, DIR DEINE LINIE SO EGAL?"

In ‚Elan' Nr. 2/75 wird von der Redaktion ein ‚Geheimtip' auf dem Gebiet der Liedermacher vorgestellt: Ekkes (Ekkehard Frank). Der revisionistische pläne-Verlag wird von ihm eine Langspielplatte herausbringen. ‚Elan' stellt ihn mit dem Lied „Du lässt Dich gehen" vor.

Das Lied beginnt:

„Es gab 'ne Zeit, wo du für mich / ganz attraktiv warst und wo ich/mir dachte, die wär ganz genau / für mich die Richtige, doch schau: / die Zeit hat schwer an dir genagt / warum, ich hab mich's oft gefragt, / doch es ist nicht zu übersehn / du lässt dich gehn, du lässt dich gehn."

Wer sich ‚gehn lässt' und an wem angeblich die ‚Zeit' genagt haben soll, erfährt man in der zweiten Strophe: die SPD nämlich, die von einer revolutionären Partei im 19. Jahrhundert zu einer revisionistischen, sozialchauvinistischen Partei entartete, deren Vertreter im Staatsdienst wie Noske, Ebert usw. auf Arbeiter schiessen liessen, Rosa und Karl auf dem Gewissen haben, die dem Hitlerfaschismus den Weg bahnte und heute eine offene bürgerliche Partei ist, in der mehr als 1 000 Kapitalisten organisiert sind.

Und an die Adresse dieser Partei heisst es in der zweiten Strophe:

„Ach SPD, ich hab so oft / doch so vergeblich drauf gehofft / du würdest wieder einmal rot / doch dafür schämst du dich halbtot . . ." Und auch heute glaubt der von der D,K'P/,S'DAJ gepriesene Ekkes die SPD noch nicht verloren und jammert: „Warum ist heut, verdammt noch mal / dir deine Linie so egal?"

Dass der SPD ihre ‚Linie egal ist', kann nach den Massnahmen, die die SPD in ihrer Regierungszeit gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen durchgeführt hat, von den Lohnleitlinien bis zur Aufrüstung, von der Ostpolitik bis zur Faschisierung des Staatsapparates, nur jemand behaupten, der davon ablenken will, dass die SPD nur eine wirkliche ‚Linie' hat: die Interessen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen durchzusetzen.

Die letzte Strophe des Liedes zeigt denn auch, dass es vor allem bezwecken soll, die SPD als das ‚kleinere Übel' zu präsentieren, dass zwar heute kein ‚Format' mehr hat (weshalb man wohl besser zur D,K'P gehen soll), aber auf die man auf keinen Fall schimpfen, sondern über die man eher Tränen des Mitleids vergiessen soll. Die letzte Strophe heisst:

„Du warst mal Klasse, warst mal gross / heut bist du arm (!) und klassenlos (!), / ich glaub, du merkst nicht mal den Trick / der rohen Monopolpolitik / sie trimmt sich weiter in Profit / solang du spurst, nimmt sie dich mit / doch wenn die Zeichen günstig stehn / lässt sie dich gehn, lässt sie dich gehn. / Ach SPD . . .,"

Die SPD ist also ‚klassenlos', keine Partei des Monopolkapitals. Von der Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen durch die Monopole merkt sie gar nichts.

Interview mit dem Genossen Uli Leicht

Rote Betriebsräte an vorderster Front

In vielen Betrieben geht zur Zeit der Kampf um die Aufstellung roter Listen zu den Betriebsratswahlen. Wo eine rote Liste noch nicht möglich ist, geht es darum, zu verhindern, daß die alten, bekannten Verräter wieder in den Betriebsratssesseln Platz nehmen, geht es darum, einzelne kämpferische Kollegen durchzubringen. Wir sprachen mit dem Genossen Uli Leicht, Landtagskandidat der KPD/ML in Bochum und ehemaliger roter Betriebsrat bei Bänninger in Gießen.

RM: Genosse Uli, die Betriebsratswahlen stehen an, und für die Kollegen stellt sich konkret die Frage nach einer Alternative zu den DGB-Listen und ihrer Politik des Verrats, der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

Gen. Leicht: Bei uns stand 1972 die Frage ähnlich. Die IGM-Liste wurde von der alten Betriebsratsclique, der Ortsverwaltung und der VLK-Leitung zusammengezimmert. Freigestellte und Schichtführer wieder vorneweg. Ausländischen Kollegen, die mit auf die Liste wollten, wurde ‚nahegelegt', in die SPD einzutreten. Akkordarbeiter kamen bei der Liste erst auf die hinteren Ränge.

RM: Und wie kam dann eure oppositionelle Liste zusammen?

Gen. Leicht: Wir hatten auf mehreren Belegschaftsversammlungen zum Lohnkampf, zum Gewerkschaftsapparat, zur Akkordschinderei usw. gesprochen. Nach ein paar Versammlungen kamen immer mehr Kollegen zu uns und machten Vorschläge, was das nächste Mal auf den Tisch müsste. In solchen Gesprächen trugen wir die Idee in den Betrieb, dass der Verräterliste eine oppositionelle Liste entgegengestellt werden muss. Auf dieser Liste sollten Kollegen kandidieren, die ihre Position als Betriebsrat dazu ausnützen würden, den Kampf der Kollegen zu organisieren, alle Verratsmanöver der alten Betriebsratsclique aufzudecken. Kollegen, die sich in ihren Abteilungen und auf Belegschaftsversammlungen als entschlossene Klassenkämpfer gezeigt hatten, die bereit waren, auch die Friedens- und Schweigepflicht, wie sie im BVG vorgeschrieben ist, zu durchbrechen. In unseren Gesprächen hatten wir bereits Kollegen kennengelernt, die bereit waren, zu einem solchen Programm zu stehen. Gemeinsam mit uns zwei Kommunisten kandidierten sechs Kollegen. Sobald klar war, dass die Liste eine ausreichend breite Unterstützung im Betrieb hatte, gingen wir daran, die Unterschriften für die Aufstellung der Liste zu sammeln – in den Abteilungen, an der Stechuhr, am Haupteingang.

RM: Es ist klar, dass die alte Betriebsratsclique nicht tatenlos zugesehen hat . . .

Gen. Leicht: Richtig. Sie und die Betriebsleitung setzten alles daran, das Zustandekommen der Liste zu verhindern. IG Metaller, die für die 2. Liste unterschrieben hatten, wurden unter Druck gesetzt und mit Ausschluss bedroht. Bänningers Chef-Dolmetscher und ausländische Vorarbeiter passten auf, dass kein ausländischer Kollege unterschrieb. Doch die Kollegen blieben bei ihrer Unterschrift. Als klar wurde, dass die Liste durchkommt, fing die D,K'P an, massiv zu hetzen: „Die Liste 2 ist eine KPD/ML-Spalterliste": sie denunzierten unsere Genossen im Betrieb und riefen zum Boykott der Liste 2 und zur Wahl der IGM-Einheitsliste auf. Der Erfolg ihrer Hetze war aber, dass viele Kollegen den Unterschied zwischen diesen sogenannten Kommunisten und den wirklichen Kommunisten der KPD/ML sahen und die Liste noch fester unterstützten. Bei der Wahl stimmten dann von 683 abgegebenen Stimmen 170 für unsere Liste. Das waren 25% der Stimmen. 400 Kollegen verhielten sich abwartend, gaben den Verrätern keine Stimme, wählten aber auch nicht unsere Liste, sondern gingen überhaupt nicht zur Wahl.

RM: Wie unterschied sich eure praktische Betriebsratsarbeit von der der Verräter?

Gen. Leicht: Wir besprachen jede Forderung mit den Kollegen in den Abteilungen. Wir diskutierten mit ihnen, wie man den Kampf führen muss, statt falsche Hoffnung in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zu wecken. Wir hielten uns nicht an die Schweigepflicht, sondern berichteten den Kollegen regelmässig, was im Betriebsrat lief. Wir forderten, dass Entscheidungen und Beschlüsse auf den Belegschaftsversammlungen diskutiert und gefasst werden müssten und nicht im Betriebsratszimmer. Wir machten immer wieder klar, dass das Entscheidende, um eine Forderung durchzubringen, die Kampfentschlossenheit der Belegschaft ist. Solch eine Linie stand natürlich im krassen Gegensatz zu der ‚vertrauensvollen Zusammenarbeit' mit Bänninger, die der alte Betriebsrat durchführte, und es war klar, dass Bänninger und dieser Teil des Betriebsrats versuchte, uns mit Verwarnungen, Entlassungsdrohungen usw. unter Druck zu setzen. Aber durch den Kampf unserer Liste war auch die Kampfentschlossenheit der Belegschaft grösser geworden. So musste die Entlassung eines oppositionellen Betriebsratskollegen zurückgenommen werden, weil die Kollegen vor dem Betriebsratszimmer standen und die Zurücknahme der Kündigung forderten und die Empörung unter den Kollegen zu gross war.

RM: Wie habt ihr als revolutionäre Betriebsräte damals den Streik geführt?

Gen. Leicht: Die anderen spontanen Streiks im Sommer 73 hatten gezeigt, dass nur im Kampf gegen den DGB-Apparat, im Vertrauen auf die eigene Kraft, mit eigener Streikführung Erfolge möglich waren. Das hatten ‚Rot-Guss', die Betriebszeitung der KPD/ML bei Bänninger, und auch die oppositionellen Betriebsratskollegen der Belegschaft klar gesagt. ‚Rot-Guss' hatte für Montag zum Streik aufgerufen. Die D,K'P-Revisionisten hatten bis dahin immer versucht, einen Streik zu verhindern. Jetzt aber überredeten sie einige Vertrauensleute, schon am Freitag loszuschlagen. Dadurch sollte der Streik von Anfang an in die Niederlage geführt werden. Denn ausser einigen Gruppen wusste keiner, dass gestreikt wurde. Ausserdem wurde der Streik durch das Wochenende unterbrochen und war nicht richtig vorbereitet. Den D,K'P-Revisionisten war es so gelungen, die Streikfront zu spalten und zu verwirren. Da aber nun bereits einige Abteilungen streikten, galt es für uns, die Streikfront zu schliessen. Wir marschierten mit unseren Abteilungen durch die anderen Abteilungen. Die Betriebsräte der Liste 2 führten aktiv den Streik mit. Wir wurden vom Personalchef aufgefordert, die Kollegen wieder an die Arbeit zu schicken. Unsere Pflicht laut BVG sei es, den Betriebsfrieden zu wahren.

RM: Hier zeigt sich klar, dass Betriebsräte das BVG brechen müssen, wenn sie nicht Verrat an den Interessen der Belegschaft üben wollen.

Gen. Leicht: Ja, bei diesem Streik gab es eine klare Trennungslinie zwischen den Verrätern der alten Betriebsratsclique und der D,K'P einerseits und uns andererseits. Wir führten aktiv den Streik mit und kämpften für seine Weiterführung. Obwohl ein anderer oppositioneller Betriebsrat und ich nach der Arbeitsniederlegung Hausverbot bekamen, blieben wir im Betrieb. Die Verräter aber würgten den Streik ab, indem sie sofortige Verhandlungen über eine Teuerungszulage versprachen. Zur gleichen Zeit strengte der IGM-Apparat ein Ausschlussverfahren gegen mich an. Die Verräterclique im Betriebsrat versuchte mit aller Macht, eine Mehrheit für eine ausserordentliche Kündigung zusammenzuzimmern. Kapitalisten, IGM-Apparat, die rechten Betriebsräte und die D,K'P kämpften gemeinsam für unsere Kündigung. Auf der Belegschaftsversammlung zeigte sich, dass auch die Kollegen das erkannt hatten, denn nicht die Verräter, sondern wir erhielten den Beifall. Sogar im VLK setzten sich mehrere Vertrauensleute dafür ein, dass ich an den Vertrauensleutesitzungen teilnehmen sollte.

RM: Was würdest Du für Lehren aus Eurem Kampf ziehen?

Gen. Leicht: Man kann im Kampf für mehr Lohn, für mehr Rechte usw. eben nur immer zeitweilige Erfolge erringen, die man immer wieder von neuem gegen die Angriffe des Kapitals verteidigen muss. Nur durch die sozialistische Revolution können die Arbeiter ihre Lage grundlegend verbessern. Deshalb hätte unsere Liste eben auch richtigerweise ‚rote' und nicht ‚unabhängige' heissen müssen. Eine weitere Erfahrung ist, dass die Position als roter Betriebsrat allein nicht ausreicht, um den Kampf für unsere Tagesinteressen zu organisieren. Das hat sich auch gerade beim Streik gezeigt. Ein roter Betriebsrat muss seine Arbeit ausnützen, um den Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition voranzutreiben, die aus den klassenkämpferischen Kollegen und Gewerkschaftsmitgliedern bestehen muss, die erkannt haben, dass man zum DGB-Apparat und den Verrätern der D,K'P einen klaren Trennungsstrich ziehen muss, dass man den Tageskampf mit dem Kampf für den Sozialismus verbinden muss.

Vom Aufbau des Sozialismus

BREITE AUSBILDUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE ALBANISCHE JUGEND

Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit für die Jugendlichen in Westdeutschland zeigt sich nicht nur, was es in Wirklichkeit mit der ‚Sicherheit des Arbeitsplatzes' auf sich hat. Gleichzeitig wird noch deutlicher als früher schon, wie die ‚freie Berufswahl' im Kapitalismus aussieht. War sie schon früher dadurch bestimmt, dass nur eine verschwindende Minderheit von Arbeiterjugendlichen die Möglichkeit hatte, auf die Realschule zu gehen oder gar zu studieren, sondern im Gegenteil viele noch nicht einmal ihre Lehre erfolgreich abschliessen konnten, so heisst es jetzt für immer mehr Jugendliche: entweder du nimmst, was du kriegen kannst oder du wirst arbeitslos.

Ganz anders ist die Lage der Arbeiterjugendlichen im sozialistischen Albanien. Hier, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, hat inzwischen jeder die Möglichkeit, den Beruf zu ergreifen, zu dem er am besten geeignet ist und den er ausüben möchte. Der proletarische Staat hilft den Jugendlichen dabei in jeder Beziehung. Schon in den Vorschulen und in den Kindergärten bekommen die Kinder die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten breit zu entfalten. Hier und später auch in den Häusern der jungen Pioniere werden zahlreiche Hobbyzirkel eingerichtet mit Themen, die von der Technik bis zur Literatur reichen. Tausende, die heute Ingenieure, Mechaniker, Elektriker, Geologen, Architekten, Agronomen, Sänger, Komponisten oder Schriftsteller sind, haben in diesen Einrichtungen ihre Fähigkeiten entdeckt und entwickelt und ihre Berufswahl getroffen.

In begrenztem Mass gibt es solche Hobby-Zirkel auch bei uns. Aber in den allermeisten Fällen haben die Arbeiterjugendlichen, auch wenn sie – sagen wir – die Fähigkeit haben, Ingenieur oder Komponist zu sein, nicht die Möglichkeit, diesen Beruf auch zu erlernen und auszuüben. Anders in Albanien.

NEUE INITIATIVE DER KULTURSCHAFFENDEN

Wir haben bereits berichtet, dass die Rede des Genossen Enver Hoxha über Kunst und Kultur auf breite Resonanz unter den Künstlern und Schriftstellern gestossen ist. Angeregt durch diese Rede, beschlossen die Werktätigen des Filmstudios „Neues Albanien" sich die Aufgabe stellen, so viele Filme wie möglich herzustellen, in denen sich die Arbeit und das Leben des albanischen Volkes widerspiegeln. Fest steht bereits, dass zwei Spielfilme gedreht werden sollen, die Filme ‚Sommeranfang' und ‚Briefe aus Fieri', die sich mit dem nationalen Befreiungskampf des albanischen Volkes beschäftigen. Ausserdem sollen Variety-S hows und Musicals gedreht werden. Bereits in diesem Jahr, so beschlossen die Werktätigen des Film-Studios, werden auch die Vorbereitungen getroffen für Dreharbeiten zu Filmen im nächsten Jahr, in dem das albanische Volk den 35. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit feiern wird.

GRF-Führer auf dem Weg zum Wahlverein

„Ja, wir stellen uns zur Wahl und wir kämpfen auch um jede Stimme, denn wir meinen die Wahlbeteiligung ernst und meinen nicht ‚eigentlich' etwas ganz anderes.'' So heisst es in einem Flugblatt des Regionalkomitees NRW der Gruppe Rote Fahne (GRF), die sich selbst ‚KPD' nennt, zu den Landtags- und Kommunalwahlen in NRW. Gleichzeitig wird unsere Partei in der ‚Roten Fahne' Nr. 6/75 angegriffen, weil sie den ‚ernstgemeinten' Beteuerungen der GRF-Führer angeblich nur ‚Propagandaphrasen' entgegenzusetzen habe.

In der ‚Roten Fahne' schreiben die GRF-Führer: „Nach wie vor gilt das Wort Lenins, dass der **‚Parlamentarismus in Deutschland politisch noch nicht erledigt ist, dass die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des revolutionären Proletariats unbedingte Pflicht ist, gerade um die rückständigen Schichten ihrer Klasse zu erziehen . . .''** Allerdings ist der Parlamentarismus bei uns noch nicht politisch erledigt. Eben darum hat unsere Partei auch stets die Notwendigkeit des Kampfes gegen die parlamentarischen Illusionen, insbesondere gegen die von den alten und den modernen Revisionisten verbreitete Ideologie des parlamentarischen Weges zum Sozialismus hervorgehoben.

IST DIE AVANTGARDE DER ARBEITERKLASSE IDEOLOGISCH GEWONNEN?

Die GRF-Führer aber wollen mit dem von ihnen herangezogenen Zitat aus Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus'' ‚beweisen', dass es die Pflicht der Kommunistischen Partei ist, unter allen Bedingungen bei bürgerlichen Wahlen zu kandidieren. Lenin aber gibt in derselben Schrift sehr genau an, auf welche Periode der sozialistischen Revolution und des Parteiaufbaus sich seine Ausführungen beziehen:

„Für die Gewinnung der Avantgarde der Arbeiterklasse, für ihren Übergang auf die Seite der Sowjetmacht gegen die bürgerliche Demokratie ist das Wichtigste – natürlich bei weitem noch nicht alles, aber doch das Wichtigste – bereits getan. (. . .) Die proletarische Avantgarde ist ideologisch gewonnen. Das ist die Hauptsache. Ohne diese Vorbedingung kann man nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg tun.'' (Werke Bd. 31, S. 79/80).

Wir fragen die GRF-Führer: Ist gegenwärtig die Avantgarde der Arbeiterklasse ideologisch gewonnen, ist diese ‚Hauptsache', diese ‚Vorbedingung' etwa erfüllt? Sind die Fortschrittlichsten der Arbeiterklasse bereits für den Kommunismus gewonnen, so dass es jetzt vor allem darauf ankommt, auch noch die ‚rückständigsten Schichten' der Klasse zu erziehen? – Ernsthaft kann das nicht behauptet werden Jeder, der sich zu Recht Marxist-Leninist nennt, wird der Einschätzung der KPD/ML zustimmen, dass wir uns gegenwärtig in der Periode des Parteiaufbaus befinden, die Stalin wie folgt bestimmt: **„Die Periode der Formierung der Vorhut (d. h. der Partei) des Proletariats, die Periode des Zusammenschlusses der Parteikader (in dieser Periode ist die Partei schwach, verfügt über ein Programm und die allgemeinen Grundlagen der Taktik, ist aber als Partei der Massenaktion schwach).''** (Werke Bd. 5, S. 74). In dieser ersten Periode der Entwicklung der Kommunistischen Partei besteht die Hauptaufgabe der Partei in der Gewinnung der Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Und im Bezug auf diese Periode schreibt Lenin auf S. 81 der von den GRF-Führern zitierten Schrift: **„Solange es sich darum handelte (und insoweit es sich noch darum handelt), die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle . . .''**

GRF-FÜHRER SCHÜREN PARLAMENTARISCHE ILLUSIONEN

In ihrem Wahlprogramm für die bayrischen Landtagswahlen schreiben die GRF-Führer: „Damit tritt die KPD auch in den Wahlen und in den Parlamenten den bürgerlichen Parteien entgegen, um deren Vertreter als Volksfeinde zu entlarven und ihren politischen Einfluss zu brechen. (. . .) Wir kandidieren, um auch im Parlament – getreu dem Vorbild der grossen deutschen Arbeiterführer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann – die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse zu vertreten, ihre Forderungen und Kämpfe in der Fabrik, im Arbeiterviertel und auf dem Land auch von der Tribüne des Parlaments her zu unterstützen.''

Die GRF-Führer werden heute nicht leugnen wollen, dass es mit ihrer Arbeit im bayrischen Landtag nicht weit her ist. Seitenlang haben sie in ihrem Wahlprogramm den Wählern vorgeschwärmt, was sie alles im Parlament bewerkstelligen wollen. Mit keinem Wort aber gingen sie auf die Möglichkeit ein, dass sie unter Umständen auch weniger als die zum Einzug ins Parlament notwendigen 5% bekommen könnten. Wie man weiss, hat die GRF in Bayern gerade 1/100 der zum Überspringen der 5%-Klausel notwendigen Stimmen bekommen. Wie soll man so ein Verhalten nennen? Wenn man gewillt ist, es auf die leichte Schulter zu nehmen, könnte man sich mit der Feststellung beschränken, dass die seitenlangen Versprechungen der GRF-Führer nichts als Phrasen waren. Aber so leicht kann man die Sache wohl nicht abtun; denn Bayern ist kein Einzelfall. Ob Hessen, NRW, Rheinland-Pfalz oder Westberlin – überall ist diese Hochstapelei, dieser Versuch, die Massen zu betrügen, wesentliches Kennzeichen des GRF-Wahlkampfes. Statt den Wahlkampf zu benützen, um die Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen, nützen sie ihn aus, um den Eindruck zu erwecken, die GRF sei eine Massenpartei.

Der Versuch der GRF-Führer, den Eindruck zu erwecken, die GRF sei eine Massenpartei und führe im Gegensatz zu unserer Partei, die nur Propaganda mache, die Massenkämpfe an, beschränkt sich keineswegs auf den Wahlkampf. Im Lohnkampf, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – überall täuscht die GRF-Führung vor, sie würde die Millionenmassen führen. Da werden am grünen Tisch Tagesforderungen für die Massen aufgestellt, die allerdings keine Forderungen der Massen sind, da werden für alle möglichen Fragen Komitees gegründet, in denen die GRFler ‚stellvertretend' für die Massen agieren. Da werden die GRF-Genossen Woche für Woche von Stadt zu Stadt, von Veranstaltung zu Veranstaltung, von Demonstration zu Demonstration gehetzt, um den GRF-Führern als Kulisse für ihren Massenpartei-Betrug zu dienen.

Diese Betrüger aber greifen unsere Partei an, weil sie klar sagt, dass sie noch nicht in der Lage ist, die Millionenmassen zu führen, dass sie sich noch in der Periode der Gewinnung und Schmiedung der Vorhut der Arbeiterklasse befindet, weil unsere Partei auch dort, wo sie Kandidaten aufstellt, keinen Zweifel daran lässt, dass es gegenwärtig nicht möglich ist, die 5%-Klausel zu überspringen. Natürlich sollen Kommunisten, wenn sie bei Parlamentswahlen kandidieren, nicht verschweigen, dass sie auch im Parlament jede Möglichkeit nützen würden, um die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterstützen, das bürgerliche Parlament zu entlarven, die sozialistische Revolution zu propagieren. Aber wenn die GRF-Führer so tun, als wären sie nach den Wahlen im Parlament, um den Klassenkampf durch die „flankierende Tätigkeit von Kommunisten in den Landes- und Stadtparlamenten'' zu unterstützen, dann heisst das, Illusionen über den Parlamentarismus zu verbreiten. **Die 5%-Klausel ist nämlich kein Produkt des Zufalls, sondern von der Bourgeoisie gezielt eingeführt worden, um zu verhindern, dass die Kommunisten das Parlament als Tribüne benutzen, um den Sozialismus zu propagieren und den Parlamentarismus zu entlarven. Das ist eine der Konsequenzen, die der imperialistische Staatsapparat aus dem Erstarken der KPD in der Weimarer Republik gezogen hat.** Darüber hinaus ist es so, dass bei uns wie in allen imperialistischen Ländern gegenwärtig, die parlamentarisch-demokratischen Rechte fortschreitend abgebaut werden. Alles spricht dafür, dass die Bourgeoisie es bei uns nicht noch einmal zulassen wird, dass die marxistisch-leninistische Partei in der Legalität zu einer Massenpartei wie die KPD Ernst Thälmanns wird. **Die Kommunistische Partei hat allerdings die Pflicht, genau das den Massen zu erklären, anstatt die Möglichkeit ‚parlamentarischer Triumphe' vorzugaukeln.**

REVOLUTIONÄRE PHRASEN SOLLEN REFORMISTISCHES PROGRAMM TARNEN

Diesem Schüren parlamentarischer Illusionen entspricht der reformistische Charakter der politischen Wahlprogramme der GRF-Führer. Die GRF-Führer wehren sich in der ‚Roten Fahne' Nr. 6/75 gegen die Kritik, dass sie ‚ausschliesslich Tagesforderungen' zu den Wahlen aufstellen würden. In der Tat stellen die GRF-Führer nicht nur Tagesforderungen auf, sondern reden auch von Sozialismus, Arbeitermacht usw. Insofern war die Darstellung im ROTEN MORGEN falsch, aber richtig bleibt das Wesen der im ROTEN MORGEN geäusserten Kritik. Die Wahlagitation der GRF ist reformistisch. Daran ändern auch einige revolutionäre Phrasen nichts. Lenin hat gesagt, dass ein Kommunist, wenn er 30 Minuten spricht, 5 Minuten über Reformen und 25 Minuten über die Revolution sprechen soll. Die GRF-Führer stellen dieses Verhältnis auf den Kopf. Sie stellen ellenlange Latten von Tagesforderungen auf, verbinden sie mit einer ausführlichen Beschreibung ihrer künftigen Tätigkeit im Parlament und schüren so die parlamentarischen Illusionen. Angehängte und eingestreute ‚revolutionäre' Allgemeinplätze haben nur die Funktion, als Alibi für den durch und durch reformistischen Charakter ihrer Politik zu dienen.

GRF-FÜHRER GEBEN IHRE GESAMTE ORGANISATION DER BOURGEOISIE PREIS

Dem reformistischen Charakter ihrer Politik entspricht die fortschreitende Umwandlung der GRF zur Wahlkampforganisation. Unsere Partei hat bei ihrer Kandidatur in Hamburg und auch jetzt in NRW streng darauf geachtet, nur der Bourgeoisie bereits bekannte Genossen als Kandidaten aufzustellen, keine Funktionen innerhalb der Partei offenzulegen und die proletarischen Kader in den wichtigsten Betrieben der Bourgeoisie nicht preiszugeben. Sie hat erklärt, dass für unsere Partei die Aufstellung weiterer Kandidaten in NRW über Dortmund, Bochum, Duisburg und Köln hinaus schon unter diesem Gesichtspunkt nicht in Frage kommt. Die GRF-Führer kommentieren das in der ‚Roten Fahne' wie folgt: „Losgelöst von allen leninistischen Prinzipien wird ausschliesslich auf den ‚Sicherheitsaspekt' verwiesen.''

Wir stellen fest, dass die GRF noch 1972 selbst diese ‚unleninistische' Auffassung vertreten hat. In ihrer Broschüre „Gegen Monopoldiktatur – für Volksdemokratie'' heisst es auf S. 5: **„Die Aufstellung von überwiegend aus Arbeiterfunktionären unserer Partei bestehenden Listen wäre uns zwar zahlenmässig möglich, würde aber den Stamm unserer Arbeitergenossen dem Zugriff der Konterrevolution aussetzen. Das Hauptziel unserer Partei, sich durch Betriebszellen in den Grossbetrieben zu verankern, würde dadurch einen schweren Rückschlag erleiden, denn die sofortige Entlassung der auf Betriebsebene verdeckt arbeitenden Genossen wäre die notwendige Folge. (. . .)**

Wenn die Alternative lautet: Beteiligung an den Wahlen und Rückschlag in unserem Kampf um Bolschewisierung oder Fortschritt in der Bolschewisierung, weiterer Aufbau unserer Kaderarbeit auf Betriebsebene und Verzicht auf Kandidatur, so ist unser Entscheid im gegenwärtigen Zeitpunkt klar: Beteiligung an Wahlen ist eine, wenn auch äusserst wichtige flankierende Massnahme. Der bolschewistische Aufbau der Kommunistischen Partei ist der ausschlaggebende Faktor.''

Wenn man davon ausgeht, dass die GRF-Führer diese Aussagen zum Parteiaufbau damals so ‚ernst gemeint' haben, wie heute ihre ‚parlamentarische Tätigkeit', müsste man annehmen, dass der ‚nationale Aufbau' der GRF und ihre ‚Verankerung durch Betriebszellen'' so weit fortgeschritten sind, dass die oben zitierten Ausführungen gegenstandslos geworden sind. Davon kann aber in Wirklichkeit natürlich keine Rede sein. In Rheinland-Pfalz kandidiert die GRF, obwohl sie dort als Organisation überhaupt nicht existiert. Wie steht es da mit dem Aufbau der Partei als ‚ausschlaggebenden Faktor'? In ihrem bayrischen Wahlprogramm schreiben die GRF-Führer: „Sie (die GRF – RM) hat über 50 Betriebszellen, Strassenzellen und Zellen in Krankenhäusern.'' Bei rund 50 Zellen (Strassenzellen mitgerechnet) hat die GRF also inzwischen über 200 Genossen als Kandidaten benannt. Aufgrund der Bestimmungen der bürgerlichen Wahlgesetze müssen zusätzlich zu den Kandidaten stets noch eine weitere Anzahl von Genossen und Funktionen der Bourgeoisie bekannt gemacht werden. Obwohl die GRF keineswegs hauptsächlich proletarische Genossen als Kandidaten aufgestellt hat, ist klar, dass die GRF-Führer damit die gesamte Organisation der Bourgeoisie offengelegt haben.

Lenin sagt, dass die Legalität eine Falle der Bourgeoisie ist. Die Bourgeoisie hat bei uns mehrfach erklärt, dass sie ein Verbot unserer Partei und anderer revolutionärer Organisationen nur deshalb nicht erlässt, weil sie meint, die revolutionären Organisationen in der Legalität besser kontrollieren, registrieren und in ihrem Aufbau kennenlernen zu können als in der Illegalität. In dieser Situation erklären die GRF-Führer: „Gerade in Verbindung mit der Kandidatur zur Betriebsratswahl müssen so viel proletarische Kämpfer wie möglich in der Fabrik und im Arbeiterviertel offen gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem auftreten.'' Weil die GRF-Führer darunter verstehen, dass so viele proletarische Genossen wie möglich für die GRF kandidieren sollen, heisst das allerdings, so viele proletarische Genossen wie möglich dem Zugriff der Bourgeoisie preiszugeben.

Das ist offenster Legalismus. Das ist allerdings ‚von allen Leninschen Prinzipien losgelöst': **„Für alle Länder, sogar für die freiesten, ‚legalsten' und ‚friedlichsten' in dem Sinne, dass sich dort der Klassenkampf weniger scharf äussert, ist die Zeit gekommen, da die systematische Verbindung von legaler und illegaler Organisation für jede Kommunistische Partei eine unbedingte Notwendigkeit ist. Denn auch in den aufgeklärtesten und freiesten Ländern mit der ‚stabilsten' bürgerlich-demokratischen Ordnung nehmen die Regierungen entgegen ihren verlogenen und heuchlerischen Erklärungen bereits systematisch ihre Zuflucht zur Aufstellung von geheimen Listen der Kommunisten, zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, um die Weissgardisten und die Ermordung von Kommunisten in allen Ländern halboffiziell oder insgeheim zu unterstützen, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschleusung von Provokateuren in die Reihen der Kommunisten usw. usf. Nur reaktionärstes Spiessertum, in wie schöne ‚demokratische' und pazifistische Phrasen es sich auch hüllen mag, kann diese Tatsache oder die unerlässliche Schlussfolgerung daraus bestreiten, dass alle legalen Kommunistischen Parteien unverzüglich illegale Organisationen schaffen müssen, um systematisch illegale Arbeit zu leisten und sich gründlich auf den Augenblick vorzubereiten, in dem die Verfolgungen durch die Bourgeoisie einsetzen.'' (Lenin, Bd. 31, S. 182).**

Die GRF-Führer werfen unserer Partei falsche ‚Geheimbündelei' vor. Aber die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Sie geben ihre gesamte Organisation der Bourgeoisie preis, um ihrer politischen Hochstapelei einen Anstrich von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Das ist Verrat am Marxismus-Leninismus, an der Revolution.

Unsere Partei dagegen bestimmt auch ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen ausgehend von Lenins Feststellung, dass die Gewinnung und Schmiedung der Avantgarde der Arbeiterklasse, der Aufbau der bolschewistischen Partei, die ‚Hauptsache' ist, die ‚Vorbedingung' für jeden weiteren Schritt zum Sieg der proletarischen Revolution. Ob wir nun zum Wahlboykott aufrufen, den Lenin natürlich niemals mit dem ‚Auseinanderjagen des bürgerlichen Parlaments' gleichgesetzt hat, wie die GRF-Führer behaupten, oder ob wir selbst bei den Wahlen Kandidaten aufstellen, entscheidet unsere Partei nach den konkreten Bedingungen des bolschewistischen Parteiaufbaus. Dabei ist die Frage der Verbindung von legaler und illegaler Arbeit und Organisation und die Verankerung in den Grossbetrieben durch Betriebszellen von ausschlaggebender Bedeutung. Unabhängig davon greift sie stets in den Wahlkampf ein, um den bürgerlichen Parlamentarismus zu entlarven, parlamentarische Illusionen zu bekämpfen, die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution als einzigen Weg zum Sozialismus zu erklären.

11. Februar 1975

30. Jahrestag der Gründung der albanischen Gewerkschaften

Am 11. 2. 75 feierten die albanische Arbeiterklasse und alle albanischen Werktätigen den 30. Jahrestag der Gründung der albanischen Gewerkschaften. Die albanischen Gewerkschaften, in denen alle Arbeiter und andere Werktätige organisiert sind, wurden gegründet, als das albanische Volk unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei bereits seine Unabhängigkeit errungen und in der Volksrevolution gesiegt hatte. Die Gründung der albanischen Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt war eine historische Notwendigkeit, um die vor dem albanischen Volk liegende Aufgabe der Festigung der Volksmacht und deş Aufbaus des Sozialismus erfüllen zu können.

Glaubt man der Propaganda der Bourgeoisie, so haben die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern nicht viel mit Organisationen der Arbeiterklasse zu tun. Die bürgerliche Presse verleumdet sie als arbeiterfeindliche Organisationen, die auf Teufel komm' raus den staatlichen Plan gegen die Arbeiter durchsetzen, willkürlich die Normen erhöhen und die Löhne senken und sozusagen Wachhunde der Partei in den Betrieben sind. Dagegen lobt die bürgerliche Presse die DGB-Gewerkschaften, die angeblich weder von irgendeiner Partei, noch vom Staat abhängig seien, sondern ausschliesslich die Interessen der Arbeiter vertreten.

Es ist zweifellos richtig, dass die albanischen Gewerkschaften nicht gegen den Staat und die Partei kämpfen, sondern ihre Aufgabe vielmehr ist, die staatliche Macht zu festigen, die Aufgaben, die der Staat stellt, zu erfüllen. Es ist weiter richtig, dass die albanischen Gewerkschaften dabei eng mit der Partei zusammenarbeiten und von ihr geführt werden. Aber das ist nicht schlecht für die albanischen Werktätigen, sondern gut. Denn der albanische Staat ist ja nichts anderes, als die Diktatur, die die Arbeiterklasse errichtet hat; die Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse, in der die Besten der Klasse organisiert sind. Partei und Staat haben keine andere Aufgabe, als die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes zu sichern.

Auf der anderen Seite ist es mit der „Unabhängigkeit" der DGB-Gewerkschaften nicht weit her. Jeder Tarifabschluss ist ein Beispiel dafür, dass die DGB-Gewerkschaften keine „unabhängigen Arbeiterorganisationen", sondern Handlanger des Kapitals sind. Seit ihrer Gründung ist die gesamte ideologische, politische und organisatorische Tätigkeit des DGB-Apparates darauf ausgerichtet, die Interessen des Kapitals gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen durchzusetzen. Von Anfang an auch sind sie mit dem imperialistischen Staatsapparat verflochten. Die DGB-Gewerkschaften werden also von der bürgerlichen Propaganda nicht deshalb als „unabhängig" gelobt, weil sie es wirklich sind, sondern allein deshalb, um zu verschleiern, dass sie Feinde der Arbeiterklasse, Handlanger des Kapitals sind.

Die albanischen Gewerkschaften dagegen brauchen keine Angst zu haben, sich zu ihrer Parteilichkeit, zu ihrer engen Verbundenheit mit der Partei der Arbeiterklasse und mit der Diktatur des Proletariats zu bekennen. Denn diese Parteilichkeit ist im Interesse der Arbeiterklasse. Denn nur wenn die Gewerkschaften dabei helfen, wird die Arbeiterklasse die Erfüllung ihrer Aufgabe, die Festigung der Diktatur des Proletariats und der weitere Aufbau des Sozialismus, erfolgreich bewältigen können.

Diese Aufgabe haben die albanischen Gewerkschaften vom Tag ihrer Gründung an erfüllt. In einem Artikel von „Zeri i Popullit" zum 30. Jahrestag der albanischen Gewerkschaften heisst es: **„Von Anfang an hat die Partei Sorge getragen, dass die Gewerkschaften auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufgebaut sind. Deshalb wurden sie als Organisationen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger mit ausgesprochen politischem, klassenmässigem und revolutionärem Charakter aufgebaut. Der Rahmen ihrer Aufgaben ist definiert durch ihre Rolle als wichtiger Hebel der Partei, als Glied der Diktatur des Proletariats, das von der marxistisch-leninistischen Vorhut geführt wird, als Transmissionsriemen, der die Partei mit den werktätigen Massen verbindet und als Schule des Kommunismus."**

Genosse Rita Marko, Vorsitzender der albanischen Gewerkschaften und Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der PAA, sagte dazu auf der feierlichen Versammlung zum 30. Jahrestag der Gründung der albanischen Gewerkschaften:

„Die Gewerkschaften wurden (in den letzten 30 Jahren – RM) **ein mächtiger Rückhalt der Partei im Kampf für die Verwirklichung der historischen Aufgaben, die das Aussehen unseres geliebten Vaterlandes veränderten. Indem die Arbeiter diese Aufgaben, die die Partei stellte, erfüllten, liquidierten sie und die anderen Werktätigen die Rückständigkeit, meisterten sie die Technik, die Technologie und die Kunst der Organisierung und Leitung der Produktion und anderer Sektoren des Lebens."**

„Die Partei", so betonte Genosse Rita Marko, „stählte die neue Arbeiterklasse mit einem hohen revolutionärem Geist, mit einem tiefgehenden Bewusstsein ihrer Klasse und des Sozialismus, mit einem heissen Gefühl des Heroismus und der Selbstlosigkeit, mit politischer Reife, mit den hohen Tugenden der kommunistischen Moral und einer beispielhaften Hingabe an die Sache der Partei, den Sozialismus und die Revolution. Die Partei rüstet die Arbeiter und die anderen Werktätigen mit revolutionären Vorstellungen für den Aufbau des Sozialismus gestützt auf die eigenen Kräfte, für die Entwicklung des Klassenkampfes, mit sozialistischen Gefühlen gegenüber der Arbeit und dem gesellschaftlichen Eigentum, mit revolutionären Vorstellungen im gesamten Leben, in der Familie und in der Gesellschaft.

Diese hohen Qualitäten unserer Arbeiterklasse zeigen sich am deutlichsten in der grossen Arbeit für den Aufbau des Sozialismus, in dem schnellen Tempo, mit dem das Sozialprodukt und die Arbeitsproduktivität wachsen, in der Entwicklung von Erziehung, Kultur und Kunst, in der allgemeinen Stärkung unserer wirtschaftlich-sozialen Ordnung, in der Stärkung der internationalen Positionen und der wachsenden Autorität des sozialistischen Albanien."

„Das Wesen aller Arbeit der Gewerkschaften", sagte Genosse Rita Marko dann, „ist die ideologisch-politische Erziehung der werktätigen Massen. Lenin hat die Gewerkschaften 'Schulen des Kommunismus' genannt. Unsere Partei hat betont, dass die Gewerkschaften als ihr Hebel vor allem die Aufgabe der Erziehung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes haben. Die Gewerkschaften haben daran gearbeitet, diese Direktiven der Partei unter ihrer Führung im Kampf in die Praxis umzusetzen, unsere Werktätigen mit den revolutionären Zügen der Arbeiterklasse auszurüsten, sie zu unbeugsamen Kämpfern für die Erfüllung der Parteilinie und für den Schutz der Errungenschaften der Revolution und unseres sozialistischen Vaterlandes zu erziehen."

Genosse Rita Marko sprach dann über die grosse Rolle, die die direkte Kontrolle der Arbeiterklasse gespielt hat und auch heute spielt. Sie hat die Aufgabe, die Errungenschaften der Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu sichern und das Eindringen der bürgerlich-revisionistischen Ideologie zu verhindern und ein unbeirrbares Voranschreiten der albanischen Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes hin zu Sozialismus und Kommunismus zu garantieren.

Die Arbeiterkontrolle in Albanien ist nicht, wie manchmal von bürgerlichen „Albanienkennern" behauptet wird, als „Gegengewicht" zur Partei und zum Staat gedacht. Denn die Partei ist ja die Avantgarde der Arbeiterklasse, der Staat ist nichts anderes als die Diktatur der Arbeiterklasse. Die direkte Kontrolle der Arbeiter hat vielmehr gerade die Aufgabe, die führende Rolle der Arbeiterklasse und die revolutionäre Linie der Partei in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchzusetzen. Genosse Enver Hoxha charakterisierte die grundsätzliche Aufgabe der Arbeiterklassenkontrolle so: **„Die Arbeiterklassenkontrolle ist ein grundlegendes Mittel, mit dem die Arbeiterklasse die Diktatur des**



Genosse Rita Marko, Vorsitzender der albanischen Gewerkschaften

Proletariats fest in der Hand hält und die Anwendung der Linie und des Programms der Partei garantiert." Der Arbeiterkontrolle unterliegt jeder – vom Direktor eines Betriebs bis zum am wenigsten qualifizierten Arbeiter. Kontrolliert wird, ob der Plan richtig erfüllt wird, ob die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen verbessert werden, ob auf die Stimmen der Arbeiter gehört wird, was getan wird, um die Vorschläge der Arbeiter in die Praxis umzusetzen, welche Haltung die Leitung des Betriebes gegenüber den Arbeitern hat und auch, ob die Haltung der Werktätigen zu ihrer Arbeit und zum gesellschaftlichen Leben der proletarischen Moral entspricht. Das Ziel der Arbeiterkontrolle ist es dabei, einmal die Hindernisse zu bekämpfen, die der Entwicklung der Produktion und des sozialistischen Lebens im Weg stehen. Das bedeutet, dass die Arbeiter einen Kampf gegen bürokratische und intellektualistische und liberalistische Tendenzen führen und denen, die solche Fehler machen, helfen, sie zu korrigieren. Das zweite Ziel der Arbeiterkontrolle ist es, die Bedingungen zu verbessern, damit die Produktion und das gesellschaftliche Leben einen noch grösseren Aufschwung nehmen können. Das bedeutet vor allem, dass die Arbeiter dafür kämpfen müssen, dass die Zahl der Kader aus der Arbeiterklasse vermehrt und ihr Niveau verbessert wird.

Die Arbeiterkontrolle ist aber keine „Feuerwehr", die nur eingreift, wenn es brennt. Über ihre Gewerkschaftsorganisation in den Betrieben und anderen Unternehmen werden die Arbeiter und die anderen Werktätigen ständig mit den Problemen ihres Betriebs oder ihrer Institution konfrontiert. Diese Probleme werden auf den Gewerkschaftsversammlungen in freier Diskussion beraten und gelöst. Jeder Arbeiter, egal welche Funktion er hat, kann hier seine Meinung sagen und Vorschläge machen.

Genosse Rita Marko ging in seiner Rede auf der Gewerkschaftsversammlung noch auf einen weiteren wichtigen Bereich der albanischen Gewerkschaften ein: auf die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen für die Erfüllung der Aufgaben der Partei zu mobilisieren, sei es in Massenaktionen, sei es durch Methoden des moralischen Anreizes, wie zum Beispiel den sozialistischen Wettbewerb für die Erlangung der Auszeichnung „Held der sozialistischen Arbeit".

Genosse Rita Marko sagte: **„Unter der Führung der Partei haben die albanischen Gewerkschaften besondere Sorgfalt auf die allseitige Erziehung und breite Mobilisierung der Arbeiter und der anderen Werktätigen beim Kampf für die Entwicklung der Wirtschaft und des Staatsplans gelegt. In diesem grossen Kampf wuchs die Arbeiterklasse und nahm ihre Aufgabe begeistert wahr. Aus ihrem Schoss bildeten sich hunderte von Neuerern und Arbeitern heran, die sowohl ihre Aufgaben in der Produktion als auch im Leben hervorragend erfüllten. Übertausende von talentierten Kadern, die der Sache der Partei ergeben waren, wuchsen heran."**

Die albanischen Gewerkschaften haben als breite Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen ihre Aufgabe nie engstirnig auf ihre Heimat beschränkt gesehen. Die albanischen Gewerkschaften haben unter Führung der Partei einen harten, prinzipienfesten Kampf gegen den revisionistischen Gewerkschaftsverband geführt und gegen ihn ihre Unabhängigkeit behauptet. Sie kämpfen gleichermassen gegen die reformistischen Theorien, die die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern verbreiten, um die Arbeiter und die anderen Werktätigen dort an den Kapitalismus zu ketten.

Genosse Rita Marko sagte dazu: **„Die albanischen Gewerkschaften, die sich fest auf die marxistisch-leninistische Ideologie der Partei stützen, auf den proletarischen Internationalismus und die Solidarität der Arbeiter, haben immer die grosse Bedeutung der aktiven Unterstützung des revolutionären Kampfes der Völker für nationale und soziale Befreiung, für die demokratischen Rechte der Werktätigen und ihrer gewerkschaftlichen Arbeit, gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, alten und neuen Kolonialismus, Revisionismus und alle opportunistischen und reformistischen Strömungen, für den Triumph der Revolution und des Sozialismus gesehen und werden sie weiter beachten."**

Abschliessend sagte Genosse Rita Marko: **„Der entschlossene Kampf unserer Partei und aller albanischen Menschen gegen Imperialismus und Revisionismus hat unserem Land und der albanischen Arbeiterklasse zahlreiche Freunde und Verbündete überall in der Welt geschaffen. Wir geniessen die Unterstützung aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte der Welt und vor allem des brüderlichen chinesischen Volkes und der brüderlichen Arbeiterklasse der VR China, denen wir durch gemeinsame Ziele und Ideale verbunden sind. Diese tiefe revolutionäre Freundschaft, die durch die Parteien und die grossen Führer beider Länder, Genossen Enver Hoxha und Genossen Mao Tsetung, geschmiedet wurde und ein leuchtendes Beispiel der Erfüllung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus ist, wird sich in Zukunft weiter entwickeln und festigen.**

Das Anwachsen, die Ausweitung und die Verschärfung des Klassenkampfes, den das Proletariat gegen die Monopolbourgeoisie, gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus führt, die Intensivierung des revolutionären und nationalen Befreiungskampfes gibt genauso wie die Vertiefung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, die kürzlich die kapitalistischen und revisionistischen Länder erfasst hat, Zeugnis von der grossen kämpferischen Rolle der Arbeiterklasse und dem Anwachsen ihres Klassenbewusstseins. Hier beweist sich vollständig, dass die These des 6. Kongresses unserer Partei der Arbeit, dass die Haupttendenz in der Entwicklung der heutigen Welt die Revolution und der Triumph des Sozialismus ist, richtig ist."

Prozeß gegen Dagyeli und Subasi

Verurteilt wegen ihrer patriotischen Haltung

In der vergangenen Woche ging vor der Staatsschutzkammer in Frankfurt der Prozeß gegen die beiden türkischen Patrioten Yildirim Dagyeli und Himmet Subasi zu Ende. Die beiden waren der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, des verbotenen Waffenbesitzes, der Vorbereitung eines Explosivverbrechens sowie der Urkundenfälschung angeklagt.

In Wirklichkeit jedoch wurden sie das Opfer einer Provokation, die der türkische Geheimdienst MIT und das Bundeskriminalamt gemeinsam geplant und durchgeführt haben: ein türkischer Agent, der sich als Revolutionär ausgab, beauftragte Himmet Subasi, ein Paket mit „Büchern und alten Kleidern" von Konstanz nach Frankfurt zu transportieren und dort um Mitternacht einem anderen Türken zu übergeben. **In dem Paket „mit Büchern und alten Kleidern" befanden sich in Wirklichkeit Waffen, und der von dem Agenten angegebene Treffpunkt war die Arbeitsstelle Yildirim Dagyelis.** Als Himmet Subasi dort ankam, wurde er von Polizei umzingelt, zu Boden geschlagen und sofort verhaftet. Drei Monate später wurde dann auch Yildirim Dagyeli verhaftet. Das war im November 1973 bzw. Februar 1974.

Während des Prozesses fielen die Anklagepunkte, die alle auf dieser Provokation beruhten, völlig in sich zusammen und es zeigte sich, daß ihre patriotische, antiimperialistische, revolutionäre Gesinnung der wirkliche Grund für die Verfolgung und die Anklage war. Gleichzeitig wollte die bürgerliche Klassenjustiz durch die Kriminalisierung einer patriotischen türkischen Organisation den Präzedenzfall schaffen für das Verbot und die Unterdrückung auch der anderen revolutionären, antiimperialistischen ausländischen Organisationen in der Bundesrepublik, wie z. B. der CISNU und der ATÖF. Dieser Plan der bürgerlichen Klassenjustiz schlug fehl. Die beiden türkischen Patrioten wurden von der Anklage der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung freigesprochen. **Mehr noch, die Richterin mußte in der Urteilsbegründung sogar zugeben, daß nicht auszuschließen sei, daß Himmet Subasi das Opfer einer „Provokation und Inszenierung" geworden sei, denn aus dem Verhalten der Polizei sei der Eindruck entstanden, daß man einen „agent provokateur" eingesetzt haben könnte.**

Die Tatsache, daß die beiden türkischen Patrioten trotzdem zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurden, weil Himmet Subasi angeblich gewußt haben soll, daß er Waffen transportiert hat, beweist einmal mehr, daß die bürgerliche Klassenjustiz Recht nicht „im Namen des Volkes", sondern im Namen der herrschenden Kapitalistenklasse zur Unterdrückung des Volkes spricht. Wie unverfroren sie sich dabei über ihre eigenen Gesetze hinwegsetzt, zeigte das Plädoyer des Staatsanwaltes besonders deutlich. Er gab offen zu, daß jedes seiner Indizien, für sich genommen, nicht gerade stichhaltig sei und fuhr dann wörtlich fort: „*Man soll jetzt nicht einfach sagen, 0 + 0 + 0 + 0 = 0, sondern 0 + 0 + 0 + 0 ist eben doch mehr als nichts.*"

Bezeichnend ist auch, daß allen Spitzeln und Agenten des Bundeskriminalamtes während des Prozesses die Aussage verboten wurde. Sie alle leugneten, daß zwischen dem BKA und dem türkischen Geheimdienst irgendeine Verbindung besteht. Es stellte sich dann aber heraus, daß einer der BKA-Agenten früher „Sicherheitsbeamter" an der türkischen Botschaft der Bundesrepublik in der Türkei war.

Eine besondere Rolle in diesem Prozeß spielten mehrere Briefe, die ein gewisser Professor Melzig aus der DDR im Jahr 1972 an den damaligen Bundeskanzler Brandt geschrieben hat. In diesen Briefen behauptet Melzig, daß ihn Dagyeli mehrfach besucht habe, und er habe „sofort die Gefahr erkannt, die von diesen Terroristen droht". In diesen Briefen bezeichnet Melzig Yildirim Dagyeli und Neset Danes als die Hauptköpfe der revolutionären Türken in der Bundesrepublik. Neset Danes aber wurde im vergangenen Jahr in Hamburg bei einer Versammlung des „türkischen Arbeitervereins" von türkischen Faschisten erstochen, während die deutsche Polizei ihnen dabei Schützenhilfe leistete. Die Vorlage dieser Briefe aus dem Jahr 1972 beweist auf jeden Fall, daß die türkischen Faschisten und die westdeutschen Behörden Neset Danes als einen der führenden türkischen Revolutionäre in der Bundesrepublik ansahen. Kann man da die Tatsache, daß gerade er einem Mordanschlag zum Opfer fiel, als Zufall ansehen?

Melzig selbst erhielt von den Behörden der DDR keine Ausreisegenehmigung, um vor Gericht auszusagen. Der Verrat von revolutionären Kämpfern an die Bourgeoisie entspricht aber völlig der Praxis der revisionistischen Parteien und der revisionistischen Geheimdienste. Die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Lakaien verfolgen die Revolutionäre und stecken sie in die Gefängnisse und Irrenhäuser. Die revisionistischen Parteien im Westen wie die D„K"P denunzieren revolutionäre Arbeiter in den Betrieben bei den Kapitalisten, so daß sie entlassen werden.

Himmet Subasi und Yildirim Dagyeli erhielten während ihrer Haft und während des Prozesses die Unterstützung vieler fortschrittlicher Menschen. Ihre Unterstützung und ihr Kampf führten dazu, daß Himmet Subasi noch vor dem Prozeß und Yildirim Dagyeli während des Prozesses aus der Haft entlassen werden mußten. Sie werden jetzt dafür kämpfen, daß die beiden türkischen Patrioten nicht an die Türkei ausgeliefert werden, wo sie jahrelanger Kerker oder der Tod erwartet.

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547

Prozeß gegen Ronald Augustin

Sondergerichte für politische Prozesse

Am 17. 2. begann der Prozeß gegen Ronald Augustin, dem die bürgerliche Klassenjustiz Paßfälschung und versuchten Mord vorwirft. Für den Prozeß gegen Ronald Augustin wurde für über eine Million DM an das Gefängnis Bückeburg ein Anbau gesetzt, der weder Fenster noch normale Türen hat. Damit findet zum ersten Mal ein Prozeß gegen einen politischen Untersuchungsgefangenen praktisch im Gefängnis statt.

Die Verteidiger von Ronald Augustin haben gleich am ersten Verhandlungstag gegen diesen Ort der Gerichtsverhandlung protestiert und die Verlegung des Prozesses in einen normalen Gerichtssaal verlangt. Denn es ist klar, daß durch diesen Sondergefängnisbau, durch das zusätzliche Aufgebot von schwerbewaffneter Polizei und Bundesgrenzschutz, von Stacheldrahtverhauen um den Gerichtsort herum und die scharfen Kontrollen der Zuschauer, die Bourgeoisie die Öffentlichkeit weitgehendst vom Prozeß ausschalten und mit diesen angeblichen „Sicherheitsmaßnahmen" „beweisen" will, was sie mit ihren langen Anklageschriften und ihren zig Polizeizeugen und Spitzeln a la Ruhland nicht beweisen kann — nämlich die Schuld der Angeklagten.

Wie verlogen dieses „Sicherheitsargument" ist, zeigt sich schon allein daran, daß es in den letzten Jahren genug Prozesse gab, in denen Zeitungen wie „Bild" seitenlang die „Gefährlichkeit der Angeklagten" beschworen. Niemals aber wurde in diesen Fällen der Bau von solchen Sondergebäuden erwogen. Und es wird auch in Zukunft so sein, daß sie ausschließlich für politische Prozesse, für Prozesse gegen Revolutionäre und Kommunisten verwandt werden. Und zwar nicht nur für die Prozesse gegen die RAF-Gefangenen wie jetzt in Bückeburg und im Frühjahr in Stuttgart.

Um die Bevölkerung zu beschwichtigen und sie davon abzulenken, daß diese Sonderbauten genauso wenig nur eine Maßnahme gegenüber den RAF-Gefangenen sind wie die Errichtung von speziellen, abgesonderten Gefängnistrakten, behauptet die Bourgeoisie jetzt, die Anbauten in Bückeburg wie in Stuttgart sollten nach den RAF-Prozessen zu Werkshallen für die Gefängnisse werden. Tatsache ist aber, daß diese Gerichtstrakte sich zu Werkshallen für Gefangene zu wenig eignen, daß selbst die Bourgeoisie zugeben muß, daß ein Umbau zu diesem Zweck fast so viel kosten würde wie der Bau jetzt. Es liegt deshalb nahe, daß sie auch in Zukunft als Gerichtsräume für politische Angeklagte verwandt werden sollen, für Prozesse, bei denen die Bourgeoisie es völlig in der Hand haben will, was durch die dicken Mauern der Gefängnisse nach draußen an das Licht der Öffentlichkeit dringen soll und was nicht. Diese Sonderbauten für politische Prozesse sind deshalb ein Teil der Faschisierung des Staatsapparates genauso wie die Sondertrakte in den Gefängnissen, wie Isolationsfolter und Vernichtungshaft.

ROTE HILFE DEUTSCHLANDS gegründet!



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts und nicht vergessen die SOLIDARITÄT!

Rote Hilfe

Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Extrablatt zur Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS

Aus dem Inhalt:

- Rote Hilfe Deutschlands gegründet
- Programm der RHD
- Gründungskommunique

Preis 0,10 DM

Nebenstehend Programm und Statut der RHD als Borschüre DIN A6, Preis: 1 DM

Bestellungen bitte an das **Büro der Roten Hilfe Deutschlands, 46 Dortmund-Dorstfeld, Dorstfelder Hellweg**



Rote Hilfe Deutschlands

in Westdeutschland und Westberlin

Programm

und

Statut

Korrespondenzen

GIESSEN

Am 14. 1. 75 hatte die Hessische Landjugend (Gruppe Fronhausen) auf ihrem Programm eine Diskussion über den Kommunismus. Ich wurde von einem Vorstandsmitglied offiziell als Vertreter der ROTEN GARDE eingeladen und gebeten, ein Referat über das Thema: „Was will die KPD/ML und was bringt uns der Kommunismus" zu halten.

Am Vorabend sagten mir einige Kollegen und junge Bauern ihre Unterstützung zu, da sie erfahren hatten, daß CDU-Mitglieder der Gruppe mich während der Diskussion in die Enge treiben wollten.

Nach meinem Referat klatschten die Anwesenden (außer den CDU-Mitgliedern) Beifall. Sofort wurde mit der Diskussion begonnen. Einer hatte eine ganz spezielle Frage zur Revolution. Doch ehe ich mich noch zu Wort melden konnte, antwortete ihm bereits ein anderer. Während der gesamten Diskussion hatte ich viele Möglichkeiten, die Linie der Partei zu erklären. Viel öfter, als ich gedacht hatte, meldeten sich in der Diskussion Kollegen zu Wort, mit denen ich schon früher diskutiert hatte. Dann kamen wir auf die Bauernfrage zu sprechen. Ein junger Bauer meinte, daß die Bauern im Sozialismus nie freiwillig in die Genossenschaften gehen würden. Dem widersprach aber ein anderer ganz entschieden. Der Vorsitzende der Gruppe brachte dann einen längeren Beitrag über die systematische Ruinierung der Bauern im Kapitalismus und belegte alles genau mit Zahlen. Ich wies dann auf die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen der Arbeiter- und der werktätigen Bauernschaft hin und erklärte, wie wichtig die Bauern für die Revolution sein würden. Das wurde auch von einem Großteil der Anwesenden verstanden. Die Diskussion dauerte insgesamt 1 1/2 Stunden. Zum Schluß wies ich noch auf das Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Kampf gegen das Bauernlegen hin, das auf großes Interesse stieß. Ich versprach, einige Exemplare zu besorgen.

An diesem Abend hatte sich gezeigt, wie falsch das Schimpfwort von den „dummen Bauern" ist. Besonders die jugendlichen Bauern sind, bedingt durch die ständig steigende Ausbeutung, zum Kampf bereit. Nicht nur in den Städten, sondern auch auf den Dörfern erkennen immer mehr, daß sie sich nur durch die sozialistische Revolution befreien können.

Rot Front! Ein Genosse aus Gießen

LUDWIGSHAFEN

Am 21. 2. 75 gingen Genossen der Partei, der RHD und eines Wahlausschusses der GRF gemeinsam gegen eine Veranstaltung der NPD in Ludwigshafen vor. Im Anschluß an diese Aktion fand eine Diskussion statt, bei der unter anderem folgende Resolution verabschiedet wurde:

Resolution des Wahlausschusses Ludwigshafen der Wählergemeinschaft „Kämpft mit der KPD" und Genossen der KPD/ML und der RHD

Tod dem Faschismus! Nieder mit der braunen Pest!

Mit dieser Parole stürmten wir eine Veranstaltung der offen faschistischen NPD am 21. 2. 75 in Ludwigshafen. Wir haben dies getan, weil der Faschismus stets der Ausweg der Bourgeoisie ist, die Aufrechterhaltung ihrer Unterdrükkerherrschaft ist. Diese Todfeinde der Arbeiterklasse müssen von Anfang an mit revolutionärer Gewalt bekämpft werden. Dabei wissen wir genau, daß es heute der Staatsapparat ist, der den Faschismus vorbereitet. Die Revisionisten der D„K"P dagegen, die immer wieder vom „Rechtskartell" schwätzen, führten gleichzeitig im Nebenraum eine „marxistische" Abendschule durch. Aus unseren Erfahrungen wissen wir, daß es die D„K"P ist, die es nicht nur dabei beläßt, stillzuhalten, wie der „K"BW, der tatenlos zusah, sondern sie übt vielmehr oft genug konterrevolutionäre Gewalt gegen unsere Genossen aus, so z. B. durch Denunziationen, Schlägertrupps und Zuhilfenahme von Polizei etc. Wir rufen auf, die Front im Kampf gegen Revisionismus und Faschismus zu verstärken.

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!

Kampf dem staatlichen Terror!

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Kampf für den Arbeiterstaat bis zum Sieg!



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KÖLN

Wegen „Gefangenenbefreiung" und „Widerstand" wird am 18. 3. 75 ein Genosse der KPD/ML in Köln vor Gericht stehen. (Köln, Appelhofsplatz, R. 108, 12.00 Uhr). Er hatte Widerspruch gegen einen Strafbefehl über 2 000 DM eingelegt. Zusammen mit diesem Genossen hatten noch 5 andere Strafbefehle erhalten, insgesamt über 7 000 DM. Anlaß dafür war die Tatsache, daß Genossen der Partei im März letzten Jahres auf einer Hetzveranstaltung der D„K"P aufgetreten waren. Das D„K"P-Mitglied Anne Nigbur hatte dort die Polizei gerufen, die 6 Genossen festnahm, von denen einige auf der Wache zusammengeschlagen worden waren. Der Kampf für den Freispruch des Genossen wird von der Ortsgruppe Köln der RHD geführt, die dazu am 17. 3. 75 eine Veranstaltung durchführen wird.

BIELEFELD

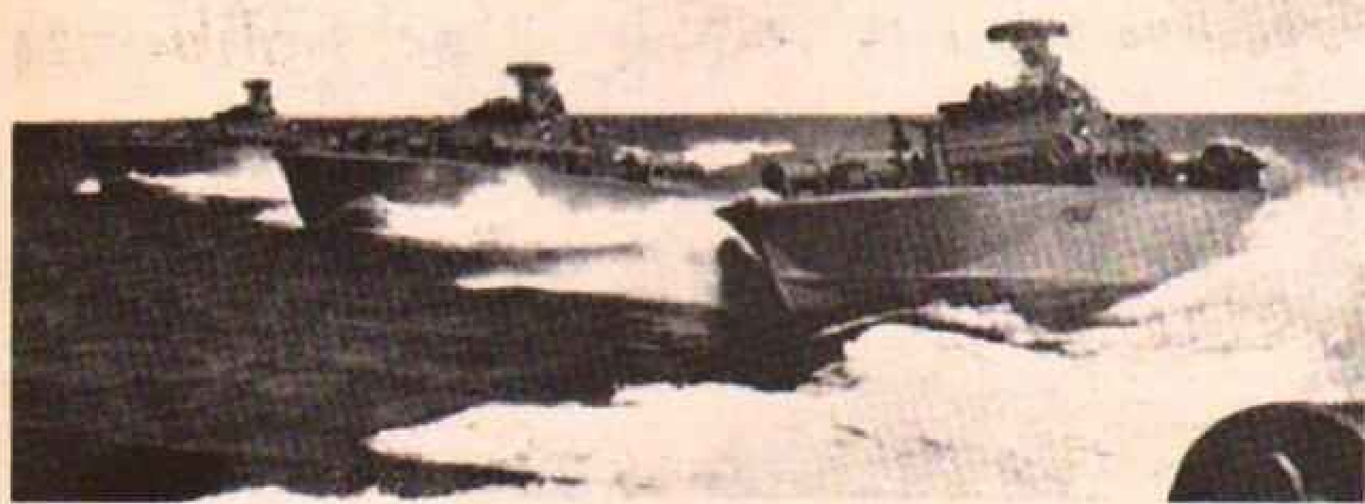
Im Januar fanden in Bielefeld Prozesse gegen rund 50 Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler statt, die bei der Besetzung des „Hauses der offenen Tür" 1973 festgenommen worden waren, hatten Strafbefehle erhalten. In den Prozessen, die jetzt in Bielefeld stattfanden, wurden die Strafen, die für die einzelnen um 100 DM lagen, bestätigt.

DUISBURG

Am 7. März findet in Duisburg ein Prozeß gegen den Genossen Martin T. statt. Genosse Martin ist einer der Genossen, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung von Hanfried Brenner gegen Mannesmann anwesend waren. In dem Prozeß am 7. 3. soll er unter anderem wegen der angeblichen Teilnahme an einer Kundgebung der Partei zwei Tage vor der Beerdigung des Genossen Günter verurteilt werden und weil er ein örtliches Flugblatt und den Roten Morgen Nr. 30 verteilt haben soll. Am gleichen Tag findet in Duisburg auch ein Prozeß gegen Maicke T. ebenfalls im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter statt.

SU-Flottenmanöver bedrohen Dänemark

Wie der Leiter des dänischen Abwehrdienstes, Preben Borberg, am 6. Februar in einem Interview des dänischen Rundfunks bekanntgab, haben die Länder des Warschauer Paktes kürzlich ausgedehnte Militärmanöver nahe der dänischen Grenze abgehalten. Borberg berichtete, daß die Flotte des Warschauer Paktes verstärkt worden sei und sich ständig weiter im westlichen Teil der Ostsee bewegt: Die kürzlichen



Schnellboote der aggressiven Marine der Sozialimperialisten

Übungen fanden in einem Gebiet nicht weit von dänischem Territorium statt. Er wies darauf hin, daß Patrouillenfahrten von Schiffen des Warschauer Paktes nahe des dänischen Territoriums häufiger geworden sind. In den vergangenen Jahren hat der Warschauer Pakt sogar damit begonnen, Manöver mit Landefahrzeugen rund um die Insel Seeland, auf der Kopenhagen liegt, abzuhalten. Borberg fügte hinzu, daß auch Spionageschiffe mit spezieller Ausrüstung gesehen worden sind und sich auch die Luftaktivitäten des Warschauer Paktes nicht weit von dänischem Territorium häufen.

Von der ständigen Bedrohung Nordeuropas durch die Aktivitäten der sowjetischen Sozialimperialisten zeugen auch norwegische Zeitungsberichte, denen zufolge am 14. Februar ein sowjetisches Spionageflugzeug in den norwegischen Luftraum eindrang und über der Halbinsel Varanjer spionierte. Das sowjetische Spionageflugzeug verließ den norwegischen Luftraum erst, als Flugzeuge der norwegischen Luftwaffe aufstiegen und die Verfolgung aufnahmen. Der norwegische Außenminister protestierte daraufhin bei der sowjetischen Botschaft. Der norwegische Verteidigungsminister bezeichnete diesen Spionageflug als einen ernsthaften Zwischenfall.

Die immer umfassenderen und nach Westen vordringenden Militärmanöver und Spionageaktivitäten der sowjetischen Sozialimperialisten zeigen die drohende Gefahr, die von dieser aggressiven auf Expansion und Vorherrschaft bedachten Supermacht ausgehen.

Nach Wilsons Moskau-Reise

Kremlzaren fassen in Britannien Fuss

Als eine „neue Phase in den bilateralen Beziehungen" zwischen der Sowjetunion und Britannien hat der britische Premier Wilson die Ergebnisse seiner kürzlichen Verhandlungen mit den Neuen Zaren im Kreml gepriesen. Vor dem Unterhaus in London sprach er „mit größter Genugtuung" von der Erweiterung der Handelsbeziehungen, wodurch angeblich viele Arbeitsplätze gesichert werden könnten, um den britischen Werktätigen seinen Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten schmackhaft zu machen.

In Wirklichkeit handelt es sich bei allen Abkommen, die in Moskau abgeschlossen wurden, um ungleiche Verträge, in denen sich die sowjetischen Sozialimperialisten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die tiefe Krise des britischen Imperialismus zunutze gemacht haben, um ihr Eindringen in die Wirtschaft Britanniens voranzutreiben, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in Westeuropa zu erhöhen und sich durch die Beteiligung an der Ausplünderung der britischen Werktätigen Höchstprofite zu verschaffen.

Die britische Wirtschaft befindet sich schon seit Jahren in großen Schwierigkeiten. Im vergangenen Jahr haben sich die Überproduktionskrise, die Finanzschwierigkeiten und die Inflation so verschärft, daß die britische Wirtschaft zu einem der schwächsten Kettenglieder in der gesamten westlichen Welt geworden ist. Allein das Handelsbilanzdefizit der britischen Imperialisten stieg in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres um 100% auf die riesige Summe von fast 15 Milliarden Dollar. Und die Schulden aus Auslandsanleihen sind inzwischen auf 9 Mrd. Dollar angewachsen.

Angesichts dieser Situation versprach Wilson den sowjetischen Sozialimperialisten einen Kredit in der Höhe von fast drei Mrd. Dollar zu dem weit unter den üblichen internationalen Bedingungen liegenden Zinssatz von 7%. Die sowjetischen Sozialimperialisten versprachen – sie legten sich nicht fest, um in der Zukunft weitere Zugeständnisse herausholen zu können – Maschinen und Ausrüstungen bei den britischen Imperialisten zu kaufen. **Es liegt aber völlig auf der Hand, daß die britischen Imperialisten diese riesige Summe nur um den Preis weiterer Anleihen zu hohen Zinsen, noch größerer Verschuldung im Ausland und die verschärfte Ausplünderung der britischen Werktätigen werden aufbringen können.** Dies alles wird dazu führen, daß sich die Krise weiter vertieft und sich die Lebenslage der Werktätigen noch verschlechtert. Es ist bezeichnend, daß sich auf der anderen Seite die sowjetischen Sozialimperialisten die britischen Schulden an sie von 1,2 Mrd. Dollar jährlich, die sich aus der negativen Handelsbilanz Britanniens mit der Sowjetunion ergeben, mit den üblichen hohen internationalen Zinssätzen zurückzahlen lassen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten und die britischen Imperialisten beschlossen in Moskau weiter ein Zusatzabkommen, in dem gemeinsame Kapitalinvestitionen nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Britannien selbst vorgesehen sind. **Der geplante Kapitalexport der sowjetischen Sozialimperialisten dient ihnen nicht nur dazu, Höchstprofite aus der Ausbeutung der britischen Werktätigen zu ziehen, sondern auch dazu, verstärkt in wichtige Zweige der britischen Wirtschaft einzudringen.** In dem Abkommen wird ausdrücklich festgelegt, daß sich die gemeinsamen Kapitalinvestitionen auf die Luftfahrtindustrie, die Eisen- und Nichteisenmetallindustrie, den Bau von Atomkraftwerken und die Erschließung von Rohstoffen, einschließlich Erdöl konzentrieren sollen. Alle diese Zweige der britischen Wirtschaft sind in großen Schwierigkeiten. So wurde erst kürzlich das zweitgrößte britische Ölmonopol, die Burmah Oil, teilweise verstaatlicht, um es vor dem Bankrott zu retten.

Für eine „vorteilhafte Position im Rennen um neue Ostaufträge" haben die britischen Imperialisten den Neuen Zaren im Kreml die Tür weit geöffnet. Die sowjetischen Sozialimperialisten, das hat sich erneut gezeigt, sind ein skrupelloser imperialistischer Räuber, einer der größten internationalen Ausbeuter, die ihre Expansion nach Westeuropa in ihrem Kampf um die Vorherrschaft in der Welt verstärken, um die Völker auszuplündern und zu unterdrücken.

Supermächte schüren Zypern-Konflikt

Fortsetzung von Seite 1

Militärhilfe für die Türkei vorerst zu streichen. Doch es ist ein Scheinmanöver. Wiederholt haben Kissinger und Ford bekräftigt, daß sie für eine weitere militärische Unterstützung des türkischen Nato-Partners eintreten. Heute sind es die westdeutschen Imperialisten, die anstelle, natürlich aber im Auftrag des US-Imperialismus Waffen in die Türkei liefern, um so die Spannungen dort aufrechtzuerhalten.

Doch diese Manöver sind zu offensichtlich, als daß sie der wachsenden Empörung über das Vorgehen des US-Imperialismus im Zypern-Konflikt zum Erliegen bringen könnten.

Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen diese Lage des US-Imperialismus sich zu nutze zu machen und tönen lauthals, daß die Unabhängigkeit Zyperns gewahrt bleiben müsse. Doch sie sind nicht anders als die US-Imperialisten Feinde der Unabhängigkeit Zyperns, Feinde des zypriotischen Volkes. Sie selbst haben gemeinsam mit der anderen Supermacht das Feuer geschürt, um „den Eigentümer, während dessen Haus brennt, zu berauben". Ihre Reden von Unanhängigkeit Zyperns zielen einzig darauf ab, den gewonnenen Einfluß des US-Imperialismus und seines Nato-Blocks auf Zypern zu schwächen, um sich selbst dort breit zu machen und Zypern zu einem strategischen Stützpunkt der Kriegsmaschine des Warschauer Pakts zu machen. Das ist auch der Grund, warum sie vor dem UN-Sicherheitsrat forderten, die Garantie für Zypern aus den Händen der drei Nato-Länder England, Griechenland und Türkei zu nehmen und zu „internationalisieren". Sie wollen eine „internationale Konferenz" für das Zypern-Problem – ein Forum, auf dem auch sie die beste Möglichkeit haben, sich dort einzumischen und ihren Einfluß zu stärken, während sie jetzt bereits versuchen, den vom US-Imperialismus geprellten Nato-Partner Griechenland auf die Seite des sowjetischen Sozialimperialismus zu ziehen und Kontakte zu Zyperns rechtmäßigen Präsidenten Makarios zu knüpfen.

Versuchen die US-Imperialisten Zypern in ihre Hände zu bekommen, um ihre Position in der Südflanke Europas zu festigen, **so ist es das Ziel der sowjetischen Sozialimperialisten, diese Südflanke des US-Imperialismus zu schwächen und Zypern in ein Glied ihrer Einkreisungskette um Europa zu machen und Westeuropa, das der US-Imperialismus für sich beansprucht, noch mehr in die Zange zu nehmen.** Systematisch machen die Kremlzaren sich an Griechenland, aber auch an die Türkei heran, um beide Länder von der Nato zu isolieren: Griechenland stellt sein Militär gegenwärtig nicht mehr der Nato zur Verfügung und droht die amerikanischen Militärstützpunkte aufzulösen. Und auch die Türkei droht mit der Auflösung von US-Stützpunkten. Im Mittelmeer, wo der sowjetische Sozialimperialismus ein scharfes Wettrüsten mit dem US-Imperialismus entfacht hat, haben die sowjetischen Flotten mit ihren Raketenschnellbooten, Zerstörern und Kreuzern bereits ein Übergewicht errungen, mit dem sie die Anlieger des Mittelmeerraums drangsalieren und darüber hinaus die südliche Grenze Europas unsicher machen. Entsprechend diesem Arm im Süden Europas haben sie im Norden mobilisiert: Das Nordmeer wird von ihren Kriegsschiffen kontrolliert mit dem an Finnland grenzenden zentralen Stützpunkt auf der Halbinsel Kola, dem größten Kriegsstützpunkt der Welt. Immer weiter dringen ihre Flotten im Norden nach Westen vor. Während sie so im Norden und im Süden ihre Arme um Europa klammern, verstärken sie zugleich in den Ländern Osteuropas die sowjetischen Truppen und versuchen auch vom Westen her den Ring zu schließen: Unter dem Vorwand, Möglichkeiten zur Reparatur von Schiffen usw. zu suchen, gingen sie Portugal um Landegenehmigung in portugiesischen Häfen an. Diese systematische Einkreisung Europas durch die Flotten, Truppen und Stützpunkte der sowjetischen Sozialimperialisten findet ihre Ergänzung in den sowjetischen Manövern „Frieden und Entspannung in Europa", in dem Versuch, durch politische und wirtschaftliche Verträge die westeuropäischen Länder gegeneinander auszuspielen und enger an Moskau zu binden, sie dem Einfluß des US-Imperialismus langsam zu entziehen. Es ist die Taktik, im Innern Europas durch das Vorgaukeln von Friedensillusionen politisch und wirtschaftlich vorzudringen, Westeuropa sturmreif zu machen, während der Ring immer enger gezogen wird.

Diese ständige Verschärfung der Lage läßt die Rivalität zwischen beiden Supermächten immer erbitterter werden und führt zu immer heftigeren Reaktionen beider Mächte, sobald irgendwo Widersprüche neu aufbrechen. Kaum daß irgendwo in diesem Bereich sich die Möglichkeit zur Verbesserung der Position des einen oder anderen ergibt – schon tauchen die Flotten beider Supermächte auf, werden die Militärblöcke in Ost und West in Alarmbereitschaft gesetzt. Mit jedem Schritt, den beide Supermächte tun, verschärft sich die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges, entfesselt von beiden im Kampf um die Vorherrschaft in Europa, im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt.

Zypern ist dabei einer der Brennpunkte in Europa, wo die Widersprüche zwischen beiden Supermächten, der Kampf um Vorteile der einen oder anderen Seite, sich zuspitzen. Das ist der Grund dafür, warum die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion nicht im geringsten dazu beitragen, den Konflikt um Zypern zu lösen. Sie sind vielmehr die wahren Kriegsbrandstifter, die das Zypern-Problem lediglich als Anlaß nutzen, um ihren Kampf um Einfluß und Vorherrschaft voranzutreiben, die unter dem Aushängeschild der „Unterstützung" und „Schlichtung" Zypern zu ihrem Opfer machen wollen. **Das Zypernproblem wird daher eine wirkliche Lösung nur finden können, wenn das zypriotische Volk gemeinsam mit den anderen beteiligten Völkern Schulter an Schulter mit allen Völkern Europas und der Welt den beiden Supermächten und ihrer Politik der Aggression und Expansion das Handwerk legen. Auf dieser Grundlage werden auch die Probleme zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen Zyperns friedlich zu lösen sein: Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.**

Stärkt die weltweite antiimperialistische Front, besonders gegendie beiden Supermächte,den US Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus!



Aus dem Zentralorgan der KPSp/ML

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Gegen ausländische Monopole und US-Militärstützpunkte

Die marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Neuseelands veröffentlichte vor kurzem in ihrem Zentralorgan „Peoples Voice (Volksstimme)" mehrere Artikel, in denen sie die Werktätigen des Landes zum verstärkten Kampf gegen die einheimischen und ausländischen Imperialisten, vor allem die USA-Imperialisten und zur Bildung einer Einheitsfront gegen den Imperialismus und alle seine revisionistischen und sozialdemokratischen Lakaien aufruft.

Neuseeland ist keine Neokolonie des USA-Imperialismus und gehört nicht zur 3. Welt. Es ist selbst ein entwickeltes kapitalistisches Land, dessen herrschende Klasse gegenüber den Völkern Südostasiens und Ozeaniens als imperialistischer Ausbeuter und Unterdrükker auftritt. Aber dieselbe herrschende Klasse hat seit jeher die Reichtümer des Landes an die ausländischen Imperialisten, vor allem an die USA-Imperialisten verschachert, so daß sich heute ein großer Teil der neuseeländischen Wirtschaft in den Händen der amerikanischen, japanischen und britischen Monopole befindet, die gerade jetzt angesichts des wachsenden Kampfes der Völker der 3. Welt gegen den Imperialismus, des Ölboykotts der arabischen Länder und der tiefen Wirtschaftskrise, die die ganze kapitalistische Welt erfaßt hat, versuchen, ihren Einfluß in Neuseeland zu vergrößern, das Land völlig in den Griff zu bekommen und es zu einer Neokolonie zu machen. Es sind vor allem die wertvollen Bodenschätze an Kohle, Eisenerz und seltenen Metallen, von deren Ausplünderung sich die imperialistischen Räuber Höchstprofite erhoffen.



Für ihren Anteil an diesen Höchstprofiten ist die neuseeländische Bourgeoisie zu jedem Verrat an den nationalen Interessen des Landes bereit und verschleudert die Reichtümer des Landes. Ein Beispiel dafür ist der Ausverkauf der riesigen Asbestlager im Gebiet der „Red Hills" in der Provinz West-Otago an den amerikanischen Kennecott-Kupfer-Konzern, der in Chile, um sich wieder in den Besitz seiner enteigneten Kupferminen zu setzen, direkt am Sturz der Allende-Regierung und der Errichtung der faschistischen Diktatur beteiligt war. *„Für diese Monopole"*, schreibt „Peoples Voice", *„ist jedes Mittel recht um ihre Profite zu verteidigen. Ihr Eindringen nach Neuseeland heißt, daß der Griff des USA-Imperialismus nach dem ganzen Land noch fester wird.*

Zur gleichen Zeit verhandelte die neuseeländische Regierung mit den sowjetischen Sozialimperialisten über die Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen und unternimmt alle Anstrengungen, um auch diese imperialistische Supermacht, die in ihrer Rivalität mit dem USA-Imperialismus verstärkten Einfluß in den Ländern Südostasiens und Ozeaniens zu gewinnen versucht, an der Ausplünderung und Unterdrückung des neuseeländischen Volkes zu beteiligen. Es ist bezeichnend, daß die sowjetischen Sozialimperialisten bei den Verhandlungen auch die Forderung nach Stützpunkten für ihre Fischfangflotte stellten, die nicht nur die Ozeane plündert, sondern auch der Spionageflotte für die Aggressionen der Neuen Zaren im Kreml dient.

Um den ausländischen Monopolen Höchstprofite zuzuschanzen, gibt ihnen die neuseeländische Regierung auf Kosten des Volkes jede erdenkliche Unterstützung. Elf Mio. Dollar an Subventionen aus den Steuergeldern der Werktätigen erhielt allein das Aluminiumwerk in Bluff im Jahr 1973. Die verstaatlichten Elektrizitätswerke lieferten diesem Konzern, der zehn Prozent der gesamten Elektroenergie Neuseelands verbraucht, außerdem den Strom zu einem Viertel des Preises für die privaten Verbraucher. Diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Teuerung bereits eine Rate von 10 – 15% erreicht hat.

Die neuseeländische Bourgeoisie verkauft aber nicht nur die Reichtümer des Landes, sondern sie unterstützt auch die Aggressionen der amerikanischen Imperialisten gegen die Völker Südostasiens und Ozeaniens. In Neuseeland selbst haben die USA-Imperialisten Militärstützpunkte eingerichtet, von denen aus sie ihre Spionagesatelliten steuern und den Funkverkehr der sowjetischen Sozialimperialisten in diesem Raum überwachen. Darüber hinaus unterstützte die neuseeländische Regierung die amerikanischen Imperialisten durch Entsendung von Truppen nach Südvietnam und Kambodscha, und noch heute fließen Dollars und Waffen an die Marionettenregimes dieser Länder. Erst vor kurzem faßte die neuseeländische Regierung den Beschluß, 1 250 Soldaten in Singapur zu stationieren, die sich an der Unterdrückung des Befreiungskampfes des malaysischen Volkes beteiligen sollen. **Dies alles dient nicht nur den aggressiven Zielen des amerikanischen Imperialismus, sondern auch der Verteidigung der Investitionen der neuseeländischen Monopole in diesem Raum und den aggressiven Zielen der neuseeländischen Imperialisten selbst.** Offen erklärte der Vizepremier Neuseelands im vergangenen Jahr: *„Dies ist unser Gebiet und wir spielen hier die führende Rolle!"*

All das ruft den wachsenden Widerstand und die Empörung des neuseeländischen Volkes hervor. In Protestversammlungen und Demonstrationen, wie der von 600 Menschen gegen den berüchtigten Rio Tinto Zink-Konzern, fordern sie den Abzug der ausländischen Imperialisten. Im Januar organisierte das „Komitee gegen die ausländische Kontrolle über Neuseeland" an über zwanzig Orten Pr otestversammlungen gegen die ausländischen Monopole und die US-Militärstützpunkte in Neuseeland.

Die KP Neuseelands unterstützt diesen Kampf und hat dazu aufgerufen, ihn weiter zu verstärken. Sie erklärt gleichzeitig, „daß der Kampf gegen die ausländischen und einheimischen Monopole und der Kampf für die nationale Unabhängigkeit untrennbarer Bestandteil des Kampfes für ein sozialistisches Neuseeland ist."

Kambodscha

Bezirkshauptstadt Mong Russei befreit

Anfang Februar befreiten die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung Kambodschas (VSNBK) die Bezirkshauptstadt Mong Russei in der Nähe von Battambang und versetzten damit den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien der verräterischen Lon Nol Clique einen neuen schweren Schlag.

Gleichzeitig verstärkten die Volksstreitkräfte ihren Belagerungszustand um die Hauptstadt Phnom Penh. Der Mekong, einstmals die wichtigste Nachschublinie für die Verräterclique, auf der die amerikanischen Imperialisten 80% der Waffen und des Getreides für das Überleben ihrer Lakaien heranschafften,



Ein feindliches Boot auf dem Mekong durch die kambodschanischen Volksstreitkräfte versenkt.

ist vollständig gesperrt. Seit Weihnachten gelang es den US-Imperialisten nur dreimal, Transporte bis nach Phnom Penh durchzuschleusen. Alle anderen Konvois wurden entweder zum Umkehren gezwungen oder versenkt. Auch der Flughafen von Phnom Penh, Pochentong, liegt unter dem ständigen Beschuß der Artillerie der Volksstreitkräfte.

Die Tage Lon Nols und seiner Bande sind gezählt, und sie ist selbst in ihrem letzten Schlupfwinkel nicht mehr sicher. Der Kampf der Jugendlichen, der Arbeiter und der anderen unterdrückten Schichten des Volkes gegen die Zwangsrekrutierung, das Hungerregime, die Unterdrückung und den nationalen Verrat in der Stadt selbst vereinigt sich immer mehr mit dem Kampf der Volksstreitkräfte.

Das Verräterregime, das nichts vertritt außer sich selbst, ist bereits in einer hoffnungslosen Lage. Allein die Dollars und Waffen der amerikanischen Imperialisten, die es so nötig braucht, wie die Luft zum Atmen, halten es noch am Leben. Angesichts der verzweifelten Lage, in der sich das Verräterregime befindet, haben die amerikanischen Imperialisten alles in Bewegung gesetzt, um ihre Lakaien auf dem Luftweg mit Waffen und Munition zu versorgen. Sie heuerten dazu sogar zivile Luftfahrtunternehmen an und verdoppelten die Zahl ihrer eigenen Flugzeuge, um Lon Nol rund um die Uhr mit Waffen und Munition zu versorgen. Von Panik ergriffen ordneten sie außerdem die

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Evakuierung eines Großteils der Angehörigen der US-Botschaft und anderer Dienststellen an.

Die amerikanischen Imperialisten bemühen sich gleichzeitig durch die Propagierung verschiedener „politischer Lösungen", wie „Verhandeln, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen", „einen Waffenstillstand schließen" und die Einschaltung der UNO, die Lon Nol Clique zu retten und Verwirrung in den Reihen der kambodschanischen Freiheitskämpfer zu stiften. Aber ebenso wie die militärische Aggression sind diese Pläne zum Scheitern verurteilt.

Am 5. Februar gab Samdech Norodom Sihanouk, das legitime Staatsoberhaupt Kambodschas, eine Erklärung ab, in der er die Entschlossenheit des ganzen kambodschanischen Volkes bekräftigte, den gerechten Befreiungskrieg bis zum vollständigen Sieg fortzuführen. In dieser Erklärung heißt es u. a.: ***„Es ist absurd... dem patriotischen und widerstandleistenden kambodschanischen Volk vorzuschlagen, mit der erzkriminellen, antinationalen, volksfeindlichen, verkommenen Clique um den Quisling Lon Nol über „Frieden" zu verhandeln."*** Norodom Sihanouk betont in der Erklärung, daß ***„die Nationale Einheitsfront, die Königliche Regierung der Nationalen Union, die Volksstreitkräfte zur Nationalen Befreiung und Norodom Sihanouk selbst, auch dann, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten, Ford, und Kissinger vom US-Kongress tausend Millionen Dollar bekommen, um sie der Verräterclique in Phnom Penh als neue Militärhilfe zu geben, vor der ganzen Welt feierlich erklären, daß sie niemals auf ihren Kampf für die vollständige nationale Befreiung verzichten werden. Sie werden diesen Kampf entschlossen bis zum Ende fortführen, ohne Rückzug, ohne einen Waffenstillstand oder Verhandlungen zu akzeptieren, ohne Versöhnung oder irgendeine andere Form des nationalen Verrats, denn die Ehre und die Freiheit Kambodschas können um keinen Preis gekauft werden."***

Aus aller Welt

PALÄSTINA

Das Exekutivkomitee der „Generalföderation palästinensischer Arbeiter" veröffentlichte am 10. Februar eine Erklärung zur Unterstützung der palästinensischen Revolution. Das Exekutivkomitee ruft darin das palästinensische Volk auf, seine Einheit zu verstärken, um den Angriffen und Gefahren, mit denen es konfrontiert ist, zu begegnen und um die nationale Befreiung und die Rückkehr in die Heimat zu erreichen. In der Erklärung wird „die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes in den besetzten Gebieten und die Unterstützung des Widerstandes der Arbeiter und des ganzen Volkes dort gegen die Pläne der zionistischen Besatzungsbehörden" unterstrichen.

USA

19 000 Arbeiter des Mc Donnell Douglas-Flugzeugkonzerns sind am 10. Februar in den Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen getreten. **An dem** Streik beteiligten sich auch 200 Arbeiter des „Kap Kennedy-Raumfahrtzentrums" in Florida. Der Mc Donnell Konzern ist eines der größten US-Monopole auf dem Gebiet des Flugzeug- und Raketenbaus, der jedes Jahr riesige Rüstungsaufträge zugeschanzt bekommt. Durch den Streik wurde u. a. die Produktion der F-4 Phantom Düsenjäger, vom Kampfbombern und anderen Militärflugzeugen betroffen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



**32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.**

Bürgerliche "Intelligenztests"

Auslese für den Bedarf der Bourgeoisie

Seit einigen Jahren wird auch den deutschen Werktätigen die Psychologie – importiert aus den USA – als „Helfer in allen Lebenslagen" empfohlen. Sie tritt auf im Gewand der „objektiven Wissenschaft", die die vorher unergründliche „Seele" des Menschen mit den verschiedensten Methoden meßbar gemacht hat und darum in der Lage ist, ihm zu erklären, was ihm fehlt, warum er nicht ist wie die zufriedenen optimistischen Idole aus dem Film und Fernsehen.

Aber diese „objektive Wissenschaft Psychologie" gibt es nicht. Die Psychologie, die in der deutschen Bundesrepublik an den Universitäten gelehrt und den Werktätigen in Zeitschriften wie „Eltern" usw. präsentiert wird, ist eine bürgerliche Wissenschaft, die den Interessen des Kapitals dient und die Werktätigen dazu bringen soll, die Ursache für ihre schlechte Lage nicht im Kapitalismus, sondern in sich selber zu suchen.

Ein Psychologe, der in einem Krankenhaus arbeitet, schickte uns eine Korrespondenz über ein Gebiet der Psychologie, den „Intelligenztest", mit dem gerade in der Zeit der wachsenden Arbeitslosigkeit immer mehr Werktätige ihre Erfahrungen machen werden.

Immer wenn etwas auch nur leicht Außergewöhnliches passiert – das Kind kommt in der Schule nicht mit, ein Kollege stellt einen Antrag auf Invalidenrente, einer will sich umschulen lassen – egal was es ist: immer häufiger schickt man einen Menschen zum Psychologen, um erstmal seine „Intelligenz" festzustellen, seinen „IQ" (Intelligenzquotient) zu messen. Beträgt er 100, bist du angeblich normal „intelligent", ist er höher als 115, sollst du zu den Superschlauen gehören, ist er niedriger als 85, zu den Dummen. Die Staatsbürokratie geht mit dem „IQ" in ihren Akten so um, wie mit dem Geburtsdatum: den und den hast du – basta.

Wie wird dieser „IQ" festgestellt? In über 80% der Fälle geschieht das mit einem Test, der für Kinder HAWIK und für Erwachsene HAWIE heißt. Ich will hier einmal ein paar Fragen dieser Tests wiedergeben, damit man sieht, was hier als „Intelligenz" zählt.

Abgesehen von Fragen, die nur ein Bekloppter stellen kann, wie „Ein Mann kauft zwei 7 (!) Pfennigsbriefmarken und bezahlt mit 25 (!) Pfennig. Wieviel bekommt er zurück? ", schneidet der am besten ab, der „Allgemeinwissen" über die Auferstehung Christi hat und möglichst viele Hauptstädte kennt. Der dickste Hammer aber ist der Teil, mit dem „allgemeines Verständnis" erforscht werden soll. Da werden Kinder gefragt: „Warum brauchen wir Bundestagsabgeordnete? " und „Warum gelangen in höhere Regierungsstellen gewöhnlich Leute, die eine besondere Prüfung abgelegt haben? ". Ihr könnt euch vorstellen, welches die von Kapitalisten und Staat gewünschten „richtigen" Antworten sind. Die tatsächlich richtigen Antworten, nämlich daß wir diese Bundestagsabgeordneten überhaupt nicht brauchen, daß diese Schmarotzer, die das Volk – wie Marx gesagt hat – zertreten sollen, in der proletarischen Revolution verjagt werden müssen und daß die beste „Prüfung", die jemand dafür ablegen kann, der Arbeiterverrat ist (wie bei dem „einfachen Bergmann" Ahrend und dem „einfachen Maurer" Leber in der jetzigen Regierung). Diese richtigen Antworten sind im Sinne dieses Tests natürlich die falschen. Es sind dies nur die schlimmsten Beispiele, die Spitze des Eisbergs der testpsychologischen Ideologie. Mit solchen Tests läßt die Bourgeoisie feststellen, wer ihr – egal wo – paßt und wer nicht.

Ist es aber nicht manchmal notwendig, ein „unabhängiges Urteil über die Begabung oder die Intelligenz eines Menschen zu haben, um zu entscheiden, ob sich z. B. Weiterbildungsmaßnahmen usw. lohnen? Es gibt aber gar kein „unabhängiges, neutrales Urteil": der „IQ", den ein Psychologe feststellt, ist ein „IQ" der Bourgeoisie.

Im Sozialismus – in den Volksrepubliken China und Albanien – braucht man nicht den „IQ" zu messen, um zu entscheiden, ob jemand einen Fortbildungskurs usw. mitmachen darf. Dort, unter der Diktatur des Proletariats, entscheiden die Kollegen selbst, wen sie zur Hochschule usw. schicken. Und die Kollegen haben ein sicheres Urteil, denn sie kennen ja schließlich den Einsatz und das Klassenbewußtsein des Kollegen. **Das ZK der KPdSU unter Stalin verwarf im Jahre 1936 die Anwendung solcher Tests, weil sie die individuellen Eigenarten nicht berücksichtigen, die bisherigen Erfahrungen eines Menschen mißachten und mit künstlich zurechtgelegten Fragen nur dazu dienen, die Menschen zu ertappen, sie reinzulegen, und weil die ganzen Umstände beim Testen völlig unnatürlich sind.**

Aber heute werden in der revisionistisch entarteten DDR wieder genau dieselben Tests wie in der kapitalistischen Bundesrepublik angewendet – ohne Abwandlungen. Die Psychologen und Pädagogen in der DDR verkünden seit einigen Jahren lauthals, daß es ihr Ziel sei, auch auf diesem Gebiet „Weltniveau" zu erreichen. Sie haben allerdings das „Weltniveau" der amerikanischen Psychologie erreicht, das kapitalistische Weltniveau der Verachtung und Abstempelung des Menschen.

Die Institutionen unseres Staates werden genausowenig wie die der DDR darauf verzichten, immer, wenn etwas auch nur leicht Außergewöhnliches im Leben eines Menschen geschieht, erstmal seinen „IQ" zu testen, um ihn so einzuschüchtern und für seine Zwecke zu katalogisieren. Darum gibt es auch – wie der „M"SB Spartakus, die Studentenorganisation der D„K"P, so gerne Lehrerstudenten und Psychologiestudenten weis machen will – keine „besseren" Tests. Der Verrat der modernen Revisionisten am Marxismus-Leninismus führt sie unweigerlich dazu, in allen Fragen die Position der Bourgeoisie zu beziehen. So auch hier.

Aber selbst wenn die Bourgeoisie den Empfehlungen der modernen Revisionisten nach „besseren Tests" folgen sollte, wird es ihr auf die Dauer nicht gelingen, die Werktätigen zu täuschen. Sie werden erkennen, daß die Bildungsmisere für die proletarischen Kinder keineswegs dadurch gerechter wird, wenn man ihnen noch dazu einen schlechten „IQ" bescheinigt. Sie werden sich keineswegs zu Hause hinsetzen und für einen besseren „IQ" trainieren, um die niedrigen Löhne, die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, sondern erkennen, daß diesen Übeln nur ein Ende zu bereiten ist, wenn die Arbeiter und die anderen Werktätigen mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution kämpfen.

"Der Kampf hat erst begonnen"

Fortsetzung von Seite 1

fernt liegenden Baustelle des Bleiwerkes Marckolsheim, die schon seit Monaten besetzt gehalten wird, über den Rhein, um den Kampf der Whyler Bauern zu unterstützen, so wie diese sich in den vergangenen Monaten am Kampf gegen die Bleihütte beteiligt hatten.

Um den Kampf der Bauern zu unterdrücken, ließ die Landesregierung von Baden-Württemberg, sofort nachdem die Bauern den Platz besetzt hatten, drei Hundertschaften Polizei aufmarschieren, um sie zu vertreiben. Der Bürgermeister von Whyl erschien und drohte mit einem Zwangsgeld von 200 DM und einer Anzeige wegen „Hausfriedensbruch". Aber erst zwei Tage später, nachdem drei weitere Hundertschaften Polizei herangeholt worden waren und sie mit Wasserwerfern, Hunden und Schützenpanzern ausgerüstet waren, wagten sie es, früh am morgen, die Bauern brutal zu überfallen und sie mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln von dem Baugelände zu treiben.

Während die Bauern angesichts der Bedrohung ihrer Existenz und des Terrors und der Unterdrückung durch die Polizei der Gewalt des bürgerlichen Staates ihre Gewalt entgegensetzten, traten die Spitzen der Bürgerinitiative als Abwiegler am Kampf der Bauern auf.

Sie gaben von Anfang an die Losung des „gewaltlosen Widerstandes" aus und versuchten, die Aufmerksamkeit der Bauern auf die bürgerliche Klassenjustiz zu lenken, indem sie behaupteten, Kampf und Widerstand seien nur deshalb berechtigt, weil das Verwaltungsgericht in Freiburg noch nicht über ihren Einspruch gegen den Bau des Kraftwerkes entschieden habe. Auf diese Weise versuchen sie, den Kampf und die Empörung der Bauern einzudämmen, Vertrauen in die Organe des bürgerlichen Staates zu wecken und sie vom unversöhnlichen Klassenkampf abzuhalten.

Die Bauern von Whyl und der ganzen Kaiserstühler Region kämpfen schon seit Monaten gegen das geplante Kernkraftwerk und die Bleihütte von Marckolsheim. Die Gefahr der radioaktiven Verseuchung, die Verpestung der Luft und des Wassers durch hochgiftiges Blei, vor allem aber die Verschlechterung des Klimas durch die riesigen Kühltürme des Kraftwerkes, all das untergräbt die Grundlagen des Weinanbaus, von dem die meisten Bauern dieser Region leben, gefährdet die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen und zerstört ihre Heimat. Das Kernkraftwerk in Whyl nützt allein den kapitalistischen Monopolen wie Siemens und AEG, die sich hier durch Staatsaufträge Riesenprofite zuschanzen lassen wollen.

Immer wieder mußten die Kaiserstühler Bauern die Erfahrung machen, daß der bürgerliche Staat, die Landesregierung von Baden-Württemberg versucht hat, ihren Kampf zu unterdrücken. **Als sich am 16. November in Sasbach 5 000 Bauern versammelten, um gegen das Kraftwerk zu protestieren, als klar war, daß sie fest zum Kampf entschlossen waren – ein Bauer sagte damals, diese Kampfentschlossenheit zum Ausdruck bringend: „Wer Wind säht, wird Sturm ernten, wer Sturm säht, wird im Orkan untergehen!" – sah sich die Landesregierung zu einem „demokratischen" Manöver gezwungen.** Sie willigte in eine Volksabstimmung ein. Diese „demokratische Maßnahme" war aber in Wirklichkeit nur ein Mittel, um den Bau des Kernkraftwerkes als „von der Bevölkerung selbst gewollt" hinzustellen. Sie wurde nur in Whyl selbst durchgeführt, sie war verbunden mit der Drohung das Baugelände zwangsweise zu enteignen und begleitet von einer massiven Propaganda, die angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit neue, sichere Arbeitsplätze versprach. **Obwohl das Ergebnis dieser „Volksabstimmung" knapp zugunsten des Kraftwerks ausfiel, entsprach es in keiner Weise dem Willen der Bevölkerung.**

Die Bauern von Whyl und der ganzen Kaiserstühler Region wollen kein Kernkraftwerk. Sie kämpfen gegen die drohende Ruinierung ihrer Existenz. Sie haben bereits gezeigt, daß Terror und Unterdrükkung ihren Kampf nicht brechen können. Sie werden sich bestimmt noch enger im Kampf zusammenschließen, um den Bau des Kernkraftwerkes zu verhindern.



Die Bauern aus Wyhl und der ganzen Kaiserstühler Region kämpfen gegen das geplante Kernkraftwerk und die Bleihütte, weil diese Projekte ihre gesamte Existenz bedrohen. Bild: Hier besetzen die Bauern ein Baufahrzeug.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ **B) Abonnement ab Nr.....**

Ich möchte Informationsmaterial ☐ **Ich möchte besucht werden** ☐

Name, Vorname..........

Beruf..........

Postleitzahl/Ort..........

Straße..........
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... **Unterschrift**..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Di und Fr. 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14-18, Sa 9-13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Hafenstr. 80. Tel.: 0251/66 13 25. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltung

Karlsruhe:

Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstages. Es spricht Peter Bayer, Montag, 3. März 75, 20 Uhr, ASV Daxlanden, Karlsruhe, Kornweg (Abzweigung von der Pfalzstr.).

GROSSVERANSTALTUNG
anläßlich der Gründung der
ROTEN HILFE
DEUTSCHLANDS

22. 3. 17 Uhr, Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich, „Stübens Gesellschaftsräume" Großer Saal.



DIE VERFASSUNG DER VOLKSREPUBLIK CHINA

zu bestellen bei:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Telefon: 040/4 10 17 36
PSchKto Hmb 1935 72 – 207